

Testakte: Windpark-Drittanfechtung Bürgerinitiative Uckermark

windpark-drittanfechtung-buergerinitiative-uckermark

Die Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“ (247 Mitglieder, Sitz Templin) sowie deren Vorstandsmitglieder Dr. Hiltrud Maashardt (Tierärztin i.R., Wohnhaus 412 m von WEA 03) und Tobias Brüggemann (Bio-Bauernhof Brüggemann GbR, 730 m Abstand) fechten die immissionsschutzrechtliche Genehmigung des Landesamtes für Umwelt Brandenburg (LfU) vom 14.03.2026 für den Windpark „Templiner Heide West“ a

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (22)
Teil 2	E-Mails (4)
Teil 3	Excel-Tabellen (2)
Teil 4	Word-Dokumente (3)
Teil 5	Bildanlagen und Screenshots (3)
Teil 6	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (2)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01-mandatsuebernahme-vollmacht.md

01 – Mandatsübernahme und Vollmacht

Aktenzeichen: 4 K 218/26 / 4 L 89/26 / OVG 2 A 18.26

Anwalt: Dr. Korbinian Maaßmann, Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Kanzlei: Maaßmann Umwelt- und Energierecht Potsdam, Stadtkanal 19

Mandantin: Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“

Datum: 18.03.2026

I. Sachverhalt und Mandatsannahme

Die Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“ (eingetragener Verein, Registernummer VR 1247 Templin, 247 eingetragene Mitglieder, Sitz: Prenzlauer Chaussee 14, 17268 Templin) hat sich am 17.03.2026 an die Kanzlei Maaßmann Umwelt- und Energierecht gewandt. Anlass ist die am 14.03.2026 durch das Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU) erteilte immissionsschutzrechtliche Genehmigung nach § 4 Abs. 1 BImSchG i.V.m. § 19 BImSchG (vereinfachtes Verfahren) für den Windpark „Templiner Heide West“ (Genehmigungszeichen: 40.2-LfU-7204-22/26).

Gegenstand der Genehmigung sind fünf Windenergieanlagen des Typs Nordex N163/6.X mit einer jeweiligen Gesamthöhe von 246 m über Geländeniveau. Als Vorhabenträgerin agiert die WindEnergie Uckermark GmbH & Co. KG, eine Tochtergesellschaft der ENERTRAG SE. Der geplante Inbetriebnahmetermin ist November 2026.

Das Mandat umfasst:

1. Erhebung der Anfechtungsklage vor dem Verwaltungsgericht Potsdam gegen den Genehmigungsbescheid des LfU (Az.: 40.2-LfU-7204-22/26),
2. Stellung eines Eilantrags gem. § 80 Abs. 5 VwGO auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage (VG Potsdam, 4 L 89/26),
3. Normenkontrollantrag beim OVG Berlin-Brandenburg gegen den Sachlichen Teilplan Windenergie des Regionalplans Uckermark-Barnim (Az.: OVG 2 A 18.26),
4. Begleitung des parallel laufenden Planfeststellungsverfahrens zur 50Hertz-Höchstspannungsleitung „Uckermark-Pommern-Leitung“.

II. Beteiligte Personen

Vorsitzende: Dr. Hiltrud Maashardt, Tierärztin i.R., Schorfheidestraße 7, 17268 Templin. Wohnsitz liegt nach Katasterauszug 412 m vom geplanten WEA-Standort Nr. 03 entfernt (Koordinaten WEA 03: 53°06'41" N, 13°22'08" O). Frau Dr. Maashardt ist Grundstückseigentümerin des Flurstücks 44/2, Flur 3, Gemarkung Templin-Süd; das Grundstück liegt in der schalltechnisch relevanten Einwirkzone.

Stellvertreter: Tobias Brüggemann, Hofnachfolger Bio-Bauernhof Brüggemann GbR, Buchenhain 3, 17268 Templin. Wohnsitz 730 m von WEA-Standort 03 entfernt. Betreiber des nach Öko-Verordnung (EU)

2018/848 zertifizierten Betriebs (Zertifikat-Nr.: DE-ÖKO-0037). Befürchtet Einschränkungen seiner Vermarktungsstrategie als „Windkraft-freie Zone“ sowie negative Auswirkungen durch Schattenwurf auf Weidetierhaltung.

III. Vollmacht

Hiermit erteilen wir,

Dr. Hiltrud Maashardt und Tobias Brüggemann, handelnd als Vorstand des eingetragenen Vereins „Lebenswerte Uckermark e.V.“ (im Folgenden „Bl“),

Herrn Rechtsanwalt **Dr. Korbinian Maaßmann**, Kanzlei Maaßmann Umwelt- und Energierecht, Stadtkanal 19, 14467 Potsdam,

Generalvollmacht zur Vertretung des Vereins in allen verwaltungsrechtlichen und verwandten Verfahren im Zusammenhang mit dem Windpark „Templiner Heide West“ einschließlich Klageerhebung, Antragsstellung, Rechtsmitteleinlegung sowie außergerichtlicher Korrespondenz.

Die Vollmacht gilt auch für die Beauftragung von Sachverständigen, die Einsicht in Behördenakten sowie die Korrespondenz mit Behörden, Gerichten und sonstigen Verfahrensbeteiligten.

Templin, 18.03.2026

`` _____ Dr. Hiltrud
Maashardt Tobias Brüggemann (Vorsitzende) (Stv. Vorsitzender) ``

IV. Interessenkonfliktprüfung

Eine Interessenkonfliktprüfung gem. § 43a BRAO wurde durchgeführt. Weder die Kanzlei Maaßmann noch der sachbearbeitende Rechtsanwalt haben die Vorhabenträgerin oder deren Gesellschafter in den letzten fünf Jahren beraten oder vertreten. Kein Konflikt erkennbar.

V. Kostenvereinbarung

Es gilt das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG). Für das Klageverfahren (1,3-Verfahrensgebühr, 1,2-Terminsgebühr) wird nach dem Streitwert gemäß § 52 Abs. 1 GKG abgerechnet. Der Streitwert wird vorläufig auf 60.000 EUR pro Kläger geschätzt; für den Verein als Kläger separat auf 100.000 EUR. Vorschuss gem. § 9 RVG in Höhe von 3.000 EUR netto wurde vereinbart.

Erstellt: 18.03.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Datei: 02-akteneinsicht-antrag.md

02 – Antrag auf Akteneinsicht beim LfU Brandenburg

Von: RA Dr. Korbinian Maaßmann, Maaßmann Umwelt- und Energierecht, Stadtkanal 19, 14467 Potsdam

An: Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU), Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam

Datum: 19.03.2026

Betr.: Akteneinsicht gem. § 29 VwVfG, Genehmigungsverfahren 40.2-LfU-7204-22/26, Windpark „Templiner Heide West“

Antrag auf Akteneinsicht

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich vertrete die Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“ sowie deren Vorstandsmitglieder Dr. Hiltrud Maashardt und Tobias Brüggemann in den oben bezeichneten Angelegenheiten (Vollmacht in Anlage).

1. Rechtsgrundlage und Antragslegitimation

Meine Mandantin ist Beteiligte des Genehmigungsverfahrens gem. § 13 VwVfG i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 3 UVPG als anerkannte Umweltvereinigung (Anerkennung nach § 3 UmwRG liegt vor, Anerkennungsbescheid des MLUK Brandenburg vom 12.04.2019, Az.: 32-8100/0/1-2019). Darüber hinaus sind Frau Dr. Maashardt und Herr Brüggemann als unmittelbar betroffene Nachbarn Beteiligte gem. § 13 Abs. 1 Nr. 2 VwVfG.

2. Umfang der begehrten Einsichtnahme

Ich beantrage Einsicht in sämtliche Verfahrensunterlagen, insbesondere:

a) Antragsunterlagen der Vorhabenträgerin:

- Schallimmissionsprognose (Gutachten des Ingenieurbüros, vollständig mit Anhängen, Berechnungsprotokollen, Eingangsdaten und Kalibrierungsnachweisen)
- Schattenwurfprognose (vollständig, alle WEA-Standorte, Abschaltkonzept)
- Artenschutzrechtliche Prüfung (saP) mit Rohdaten der Erfassungskartierung (Rotmilan, Schwarzstorch, Mäusebussard)
- UVP-Bericht (vollständig)
- Schallleistungspegel-Nachweise der Turbinen (Typenblätter Nordex N163/6.X)
- Repowering-Konzept für die Altanlagen (Windpark „Templiner Heide Ost“, 7 Anlagen ENERCON E-66)

b) Behördeninterne Unterlagen:

- Behördliche Stellungnahmen aller Träger öffentlicher Belange
- Stellungnahmen der anerkannten Naturschutzvereinigungen im Verfahren
- Prüfvermerke des LfU
- Bescheid über die Anordnung des Sofortvollzugs (§ 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO)

c) Öffentlichkeitsbeteiligung:

- Einwendungsverzeichnis
- Einwendungserwiderungen
- Erörterungsprotokoll (sofern Erörterungstermin stattgefunden hat)

3. Dringlichkeit

Da gegen den Bescheid vom 14.03.2026 Klage beabsichtigt ist und die Klagefrist gem. § 74 Abs. 1 VwGO läuft (Zustellung des Bescheides an meinen Mandanten am 16.03.2026, Fristende daher 16.04.2026), bitte ich um **bevorzugte Bearbeitung** und Gewährung der Akteneinsicht bis spätestens **26.03.2026**. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich um umgehende Mitteilung.

4. Modalitäten

Ich bitte um Einsicht in den Räumlichkeiten des LfU oder alternativ um Übersendung von Kopien in digitaler Form (PDF). Kopierkosten werden selbstverständlich erstattet.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Korbinian Maaßmann Rechtsanwalt / Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Anlage: Vollmacht Dr. Maashardt, Vollmacht Brüggemann, Vereinsregisterauszug BI Lebenswerte Uckermark e.V.

Aktenzeichen Kanzlei: WUE-2026/047 | Erstellt: 19.03.2026

Datei: 03-klagebefugnis-analyse.md

03 – Rechtliches Memorandum: Klagebefugnis der Beteiligten

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

Datum: 22.03.2026

Verfahren: 4 K 218/26 (VG Potsdam), 4 L 89/26 (VG Potsdam), OVG 2 A 18.26

I. Fragestellung

Zu klären ist, ob (1) die Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“ als Verein, (2) Frau Dr. Hiltrud Maashardt als Nachbarin und (3) Herr Tobias Brüggemann als landwirtschaftlicher Betriebsleiter die nach § 42 Abs. 2 VwGO erforderliche Klagebefugnis besitzen. Die Klagebefugnis setzt voraus, dass die Kläger geltend machen können, durch den angefochtenen Verwaltungsakt in eigenen Rechten verletzt zu sein (Möglichkeitstheorie).

II. Klagebefugnis der Bürgerinitiative als Verein (§ 2 UmwRG)

1. Verbandsklagebefugnis nach UmwRG

Die Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“ ist gem. § 3 UmwRG als Umweltvereinigung anerkannt (Anerkennungsbescheid des MLUK Brandenburg, Az.: 32-8100/0/1-2019). Damit ist sie nach § 2 Abs. 1 UmwRG klagebefugt, soweit:

- die Klage eine Entscheidung nach § 1 Abs. 1 UmwRG betrifft (hier: immissionsschutzrechtliche Genehmigung eines UVP-pflichtigen Vorhabens, UVP-Pflicht ergibt sich aus § 2 Nr. 1 UVPG i.V.m. Anlage 1 Nr. 1.6.1 UVPG – WEA ab 20 Stück oder Gesamthöhe ab 50 m, hier 5 Anlagen à 246 m, UVP-Pflicht nach Vorprüfung bejaht),
- Belange berührt sind, für deren Förderung sie satzungsgemäß eingesetzt ist (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 UmwRG),
- die Vereinigung im Verfahren mitgewirkt hat (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 UmwRG) – hier: Einwendungsschreiben vom 12.11.2024 in den Akten dokumentiert.

Ergebnis: Verbandsklagebefugnis der BI ist gegeben.

2. Drittanfechtungsklage als Verein

Ergänzend ist zu prüfen, ob der Verein als solcher (nicht nur im Wege der Verbandsklage) Dritte im Sinne des Nachbarschutzes sein kann. Dies setzt die Verletzung subjektiv-öffentlicher Rechte voraus. Vereinsrechte als Grundstückseigentümer oder Nutzer liegen nicht vor. Die BI verfügt über kein

Grundstück im Einwirkungsbereich. Die Anfechtungsklage des Vereins stützt sich daher **ausschließlich auf § 2 UmwRG** (Verbandsklage).

III. Klagebefugnis Dr. Maashardt (Drittanfechtung, § 42 Abs. 2 VwGO)

1. Schutznormtheorie und § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG

Nach ständiger Rechtsprechung des BVerwG (BVerwGE 144, 1 – „Windpark-Urteil“; BVerwG, Urt. v. 29.08.2007, 4 C 2.07) kommt dem Nachbarn eines immissionsschutzrechtlich genehmigten Vorhabens Klagebefugnis zu, wenn er die Verletzung des **drittschützenden** § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG geltend machen kann. Diese Norm schützt die Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen.

Wohnsitzabstand Dr. Maashardt – WEA 03: 412 m

Zum Vergleich: Die LAI-Hinweise zur Durchführung der TA Lärm bei WEA (Stand 2022) empfehlen als Orientierungswert für nächtliche Immissionsrichtwerte in Allgemeinen Wohngebieten (WA) 40 dB(A). Bei einer 246 m hohen Anlage und einem Abstand von 412 m ist die Überschreitung des Immissionsrichtwertes nach vorläufiger Prüfung nicht von vornherein ausgeschlossen (vgl. Schallgutachten, S. 47, Immissionsort IO-05: 41,3 dB(A) nachts – Grenzwertüberschreitung behauptet).

Rechtliche Einordnung des Grundstücks: Lage außerhalb des Bebauungsplangebiets; planungsrechtliche Einordnung als Außenbereich (§ 35 BauGB) mit faktischer Wohnnutzung. Maßgeblicher Immissionsrichtwert für Außenbereich-Wohnnutzungen: 45 dB(A) nachts nach Nr. 6.1 TA Lärm. Jedoch: Bei Immissionsorten im Außenbereich mit Wohnnutzung kann nach VGH München (Beschl. v. 22.10.2019, 22 CS 19.1686) und OVG NRW (Beschl. v. 18.11.2020, 8 B 977/20) der WA-Wert entsprechend herangezogen werden, wenn die Wohnnutzung faktisch auf Dauer angelegt ist.

Ergebnis: Klagebefugnis Dr. Maashardt gegeben (§ 42 Abs. 2 VwGO i.V.m. § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG, Schutznormtheorie).

2. Schattenwurf

Zusätzlich macht Dr. Maashardt geltend, dass der periodische Schattenwurf von WEA 03 auf ihr Grundstück das Maß von 30 Stunden tatsächlich betroffener Beschattungsdauer pro Jahr (LAI-Hinweise 2022, Anhang A.2) übersteigt. Die vorgelegte Schattenwurfprognose weist für Immissionsort IO-05 (entspricht Standort Dr. Maashardt) 31,7 Jahresstunden aus. Auch hieraus folgt Klagebefugnis.

IV. Klagebefugnis Brüggemann (Drittanfechtung Landwirtschaft)

1. Betriebseigentümer als Nachbar

Tobias Brüggemann ist Inhaber der Bio-Bauernhof Brüggemann GbR. Sein Wohnhaus liegt 730 m von WEA 03 entfernt. Nach den Schallgutachten-Berechnungen wird am Immissionsort IO-09 (Wohngebäude Buchenhain 3) ein nächtlicher Wert von 40,1 dB(A) prognostiziert. Dies liegt knapp über dem WA-Nachtwert von 40 dB(A), sodass eine mögliche Grenzwertüberschreitung nicht von vornherein ausgeschlossen ist.

2. Landwirtschaftliche Beeinträchtigung

Brüggemann rügt darüber hinaus Beeinträchtigungen seines landwirtschaftlichen Betriebs durch:

- Schattenwurf auf Weideflächen (Verunsicherung der Tierherden),
- optische Bedrängung (Umzingelungseffekt bei bestehenden Altanlagen),
- Entwertung seines Vermarktungskonzepts „Lebenswerte Uckermark – Naturstrom-freie Tierhaltung“.

Diese Aspekte sind jedoch nach der Rechtsprechung des BVerwG (Urt. v. 11.12.2003, 4 C 10.02) nicht per se drittschützend; sie können nur mittelbar über § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG (Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen, einschließlich schädigender Lichteinwirkungen) relevant werden.

Ergebnis: Klagebefugnis Brüggemann gegeben (§ 42 Abs. 2 VwGO i.V.m. § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG), primär gestützt auf Schallimmissionen; Schattenwurf als ergänzende Begründung.

V. Normenkontrolle OVG Berlin-Brandenburg (§ 47 VwGO)

1. Antragsbefugnis

Für den Normenkontrollantrag gegen den Regionalplan Uckermark-Barnim (Sachlicher Teilplan Windenergie) sind Dr. Maashardt und Brüggemann als Grundstückseigentümer antragsbefugt gem. § 47 Abs. 2 S. 1 VwGO (natürliche Personen, die durch die Rechtsvorschrift oder deren Anwendung in ihren Rechten verletzt sein können oder in absehbarer Zeit verletzt werden). Der Regionalplan bestimmt als Ziel der Raumordnung (§ 8 Abs. 7 ROG) eine Vorrangzone, die für andere raumbedeutsame Nutzungen ausschließt. Diese Wirkung berührt die Eigentumsrechte der Antragsteller unmittelbar.

2. Antragsfrist

Normenkontrollanträge sind nach § 47 Abs. 2 S. 1 VwGO innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Rechtsvorschrift zu stellen. Der Regionalplan wurde am 15.06.2023 im Amtsblatt für Brandenburg bekannt gemacht. Die Jahresfrist ist damit abgelaufen. **Prüfung erforderlich:** Ob eine nachträgliche Antragsbefugnis aufgrund der jetzt erstmals konkreten Betroffenheit durch die Genehmigung angenommen werden kann (sog. „konkrete Betroffenheit“ als Fristansatzpunkt bei substantiierter Unkenntnis – vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 15.03.2021, OVG 2 S 20.20: Fristbeginn erst mit zumutbarer Erkennbarkeit der konkreten Betroffenheit). **Handlungsbedarf: Antrag unverzüglich stellen.**

VI. Zusammenfassung der Klagebefugnis-Matrix

Kläger/Antragsteller	Verfahren	Klagebefugnisnorm	Einschätzung
BI Lebenswerte Uckermark e.V.	VG Potsdam 4 K 218/26	§ 2 Abs. 1 UmwRG	**+** (sicher)
Dr. Hiltrud Maashardt	VG Potsdam 4 K 218/26	§ 42 Abs. 2 VwGO, § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG	**+** (sicher)
Tobias Brüggemann	VG Potsdam 4 K 218/26	§ 42 Abs. 2 VwGO, § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG	**+** (sicher)
Dr. Maashardt / Brüggemann	OVG 2 A 18.26	§ 47 Abs. 2 S. 1 VwGO	**?* (Fristproblem!)
BI Lebenswerte Uckermark e.V.	OVG 2 A 18.26	§ 47 Abs. 2 S. 1 VwGO, § 2 UmwRG	**+** (prüfen)

Erstellt: 22.03.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Quellen: § 42 Abs. 2 VwGO; § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG; § 2 UmwRG; BVerwGE 144, 1; BVerwG, Urt. v. 29.08.2007, 4 C 2.07 (abrufbar auf dejure.org); § 47 Abs. 2 VwGO; OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 15.03.2021, OVG 2 S 20.20 (abrufbar auf openjur.de)

Datei: 04-schallgutachten-kritik.md

04 – Technische Analyse: Mängel der Schallimmissionsprognose

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann unter Mitwirkung von Dipl.-Ing. Klaus Riedering
(Sachverständiger für Lärmschutz und Akustik, öbuv. SV der IHK Potsdam)

Datum: 25.03.2026

Verfahren: 4 K 218/26 (VG Potsdam)

Bezug: Schallimmissionsprognose des Ing.-Büros AkustikConsult GmbH, Potsdam, Bericht-Nr. AC-2023-0741-Rev.3, Datum: 28.09.2023

I. Gegenstand der Analyse

Das vorgelegte Schallgutachten (Bericht-Nr. AC-2023-0741-Rev.3) bildet die wesentliche Grundlage für die Bewertung der Lärmauswirkungen des Windparks „Templiner Heide West“. Es wurde von der Vorhabenträgerin WindEnergie Uckermark GmbH & Co. KG in Auftrag gegeben (Interessenkollision) und diente der Genehmigungsbehörde (LfU) als maßgebliche fachliche Grundlage. Die nachfolgende Analyse identifiziert mehrere methodische Fehler und Unvollständigkeiten.

II. Festgestellte Mängel

Mangel 1: Nichtberücksichtigung der LAI-Hinweise 2022

Das Gutachten stützt sich methodisch auf die **LAI-Hinweise zum Schallimmissionsschutz bei Windkraftanlagen** in der Fassung von **2005** (aktualisiert 2017). Die Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) hat jedoch am **10.05.2022** aktualisierte Hinweise veröffentlicht (abrufbar unter: <https://www.lai-immissionsschutz.de>), die wesentliche Änderungen enthalten:

- 1. Überarbeitung des amplitudenmodulierten Schalls (AM):** Die LAI-Hinweise 2022 verlangen bei WEA mit Rotordurchmessern über 130 m (hier: 163 m) eine explizite Prüfung des amplitudenmodulierten Schalls und ggf. einen Zuschlag von bis zu 3 dB(A) für den sog. „auffälligen Schall“ (§ 3.2.3 LAI-Hinweise 2022). Das Gutachten von AkustikConsult enthält **keine** solche Prüfung.
- 2. Neubewertung des Tonzuschlags:** Bei der Nordex N163/6.X wurden in anderen Verfahren (OVG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 21.03.2023, 5 MB 7/23) auffällige Geräuschanteile festgestellt. Das Gutachten setzt keinen Tonzuschlag an.
- 3. Meteorologische Korrekturfaktoren:** Die LAI-Hinweise 2022 sehen für Hochlagen (hier: Geländehöhen um 70–80 m ü. NHN) spezifische meteorologische Korrekturfaktoren vor, die im Gutachten nicht berücksichtigt werden.

Rechtliche Relevanz: Nach der ständigen Rechtsprechung des BVerwG (Urt. v. 29.08.2007, 4 C 2.07, Rdnr. 24 ff.) sind die LAI-Hinweise als antizipiertes Sachverständigengutachten zu behandeln. Die Nichtberücksichtigung der aktuellen Fassung stellt einen methodischen Fehler dar, der zur Rechtswidrigkeit des Bescheids führen kann.

Mangel 2: Schallleistungspegel WEA 03 – Fehlerhafte Eingangsdaten

Für die Nordex N163/6.X wird im Gutachten ein Schallleistungspegel von **LWA = 106,0 dB(A)** angesetzt (Gutachten S. 12, Tab. 2). Nach den Produktunterlagen von Nordex Energy SE (Technisches Datenblatt

N163/6.X, Rev. 4, Stand 2022, Anlage 3 der Antragsunterlagen) beträgt der garantierte Schallleistungspegel für den Betriebsmodus **M0 (Nennleistungsbetrieb)** jedoch **LWA = 107,5 dB(A)**. Die Differenz von 1,5 dB(A) ist am Immissionsort IO-05 (Dr. Maashardt) mit einer Distanz von 412 m signifikant:

Pegelzunahme am IO-05: $\Delta \approx +1,2 \text{ dB(A)}$ (nach Ausbreitungsrechnung gem. ISO 9613-2)

Tatsächlicher Prognosewert IO-05 (nach Korrektur): **42,5 dB(A)** nachts (gegenüber 41,3 dB(A) im Gutachten)

Damit wird der Immissionsrichtwert für WA-Gebiete (40 dB(A)) um **2,5 dB(A)** überschritten – eine Unterschreitung des Richtwertes um weniger als 6 dB(A) ist nach dem sog. „Relevanzgebot“ (vgl. BVerwG, Urt. v. 16.05.2001, 7 C 16.00) relevant.

Mangel 3: Kumulationsberechnung unvollständig

Das Gutachten berücksichtigt nicht die bereits bestehenden Windenergieanlagen des Windparks „Templiner Heide Ost“ (7 Anlagen ENERCON E-66, in Betrieb seit 2004, LWA je 104,0 dB(A)). Nach Abschnitt 2.4 der TA Lärm sind Vorbelastungen zu berücksichtigen. Eine vollständige Kumulations-Berechnung fehlt. Nach unserer Einschätzung steigt der kumulierte Nachtwert am IO-05 auf ca. **43,8 dB(A)**.

Mangel 4: Schattenwurf-Berechnung WEA 03 – Geometriefehler

Die Schattenwurfprognose für WEA 03 (Standort: 53°06'41" N, 13°22'08" O) weist für den Immissionsort IO-05 (Dr. Maashardt) eine jährliche Beschattungsdauer von **31,7 h/a** aus. Nach Überprüfung der Eingabedaten durch unseren Sachverständigen Dipl.-Ing. Riedering ist die **Rotorfläche** der N163/6.X mit 163 m Rotordurchmesser in der Berechnung mit **151 m** angesetzt worden (Eingabefehler im Softwaremodell WinShadow Pro, Version 7.3). Die korrekte Berechnung ergibt eine jährliche Beschattungsdauer von **34,2 h/a**, was den LAI-Orientierungswert von 30 h/a um **14 %** übersteigt.

III. Rechtliche Konsequenzen

Die festgestellten Mängel führen zur **formellen und materiellen Rechtswidrigkeit** des Genehmigungsbescheids:

1. **Verstoß gegen § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG** i.V.m. Nr. 6.1 TA Lärm: Die Genehmigungsvoraussetzungen lagen aufgrund fehlerhafter Schallprognose nicht vor.
2. **Verletzung des Untersuchungsgrundsatzes** (§ 24 VwVfG): Das LfU hat die Mängel des Gutachtens nicht erkannt und eigene Ermittlungen unterlassen.
3. **Verletzung des Verhältnismäßigkeitsprinzips** (Art. 20 Abs. 3 GG): Auflagenfreie Genehmigung trotz erkennbarer Grenzwertüberschreitung.

IV. Beweisangebote

- Sachverständigengutachten Dipl.-Ing. Klaus Riedering (in Vorbereitung, Übergabe bis 10.04.2026)
- Nordex-Technisches Datenblatt N163/6.X, Rev. 4 (Anlage)
- LAI-Hinweise 2022 (Anlage)
- WinShadow Pro Berechnungsprotokoll (nach Akteneinsicht)

Erstellt: 25.03.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann, Dipl.-Ing. K. Riedering | Akte: WUE-2026/047

05 – Rechtliche Rüge: Artenschutzrechtliche Prüfung Rotmilan

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

Datum: 26.03.2026

Verfahren: 4 K 218/26 (VG Potsdam)

Bezug: Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP), Büro NaturaConsult Eberswalde, Bericht-Nr. NC-WTH-2022, Datum: 15.03.2023

I. Sachverhalt

Der Rotmilan (**Milvus milvus**) ist eine besonders und streng geschützte Art gem. Anhang I der Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG sowie Anlage 1 der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV). Brandenburg trägt aufgrund der bundesweit größten Rotmilan-Population eine besondere Schutzverantwortung. Nach den „Hinweisen des MLUK zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei WEA-Vorhaben in Brandenburg“ (Stand 2022, im Folgenden: MLUK-Hinweise 2022) gilt für den Rotmilan ein anlagenspezifischer **Tabu-Bereich** von 500 m Radius um den Horst sowie ein erweiterter **Prüfbereich** von 1.000 m.

II. Festgestellte Mängel der saP

Mangel 1: Unzureichende Kartierungsintensität

Die saP des Büros NaturaConsult dokumentiert für das Untersuchungsjahr 2022 lediglich **12 Begehungstermine** zur Rotmilan-Erfassung (saP, S. 23, Tab. 3). Die MLUK-Hinweise 2022 verlangen für UVP-pflichtige WEA-Vorhaben in Gebieten mit bekannter Rotmilan-Präsenz **mindestens 48 Begehungstermine** über zwei Erfassungsjahre. Ein zweites Erfassungsjahr fehlt vollständig.

Mangel 2: Horst nicht berücksichtigt

Im Rahmen unserer eigenen Vor-Ort-Prüfung (Begehung 20.03.2026 durch NABU-Kreisvorsitzenden Dr. Ralf Stickelberger, Templin) wurde ein **aktiver Rotmilan-Horst** in einem Waldstück nordöstlich von Templin (Koordinaten: 53°07'12" N, 13°22'34" O) festgestellt. Die Entfernung dieses Horstes zur geplanten WEA 03 beträgt **aufgemessen 387 m** – damit liegt WEA 03 innerhalb des Tabu-Bereichs von 500 m. Der Horst war zum Zeitpunkt der NaturaConsult-Kartierung (März–Oktober 2022) nach unserer Einschätzung bereits vorhanden; er ist in der saP nicht verzeichnet.

Zum Vergleich: Das OVG Berlin-Brandenburg hat in seiner Entscheidung vom 24.05.2019 (Az.: OVG 11 A 9.15) eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung aufgehoben, weil ein Rotmilan-Horst im Tabu-Bereich nicht korrekt erfasst worden war. Vgl. auch BVerwG, Urt. v. 27.06.2013, 4 C 1.12 (Windenergieanlagen und Artenschutz).

Mangel 3: Raumnutzungsanalyse nicht durchgeführt

Die saP enthält keine vollständige Raumnutzungsanalyse (RNA) für den Rotmilan. Die MLUK-Hinweise 2022 (Anhang 3) verlangen bei Horstnachweisen im Prüfbereich von 1.000 m eine GPS-Telemetrie oder visuelle Raumnutzungsanalyse über mindestens 54 Termine. Eine RNA fehlt in der saP vollständig.

Mangel 4: Fehlende Auseinandersetzung mit Schlagopfer-Statistik

Die saP behauptet ohne Begründung, der Rotmilan meide den Anlagenbereich. Die Schlagopfer-Statistik der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zur Frage der Vögel an Windenergieanlagen (DBBW) verzeichnet für den Zeitraum 2002–2022 für das Bundesland Brandenburg 47 Schlagopfer beim Rotmilan (DBBW-Bericht 2023, Tab. A-1). Die saP setzt sich mit dieser Datenlage nicht auseinander.

III. Rechtliche Würdigung

Die Errichtung von WEA 03 in einem Abstand von 387 m zu einem aktiven Rotmilan-Horst verstößt gegen § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot). Eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG wurde nicht beantragt und würde aufgrund des günstigen Erhaltungszustands der Population voraussichtlich nicht erteilt werden.

Der Genehmigungsbescheid ist damit **materiell rechtswidrig**, soweit er WEA 03 betrifft. Aufgrund der engen funktionalen Verknüpfung zwischen den Windenergieanlagen (gemeinsame Netzanbindung, betriebstechnische Abhängigkeit) ist eine Teilanfechtbarkeit nur insoweit möglich, als der Bescheid objektiv trennbar ist. Dies ist im Einzelfall zu prüfen (vgl. BVerwG, Urt. v. 21.11.2013, 7 C 40.11).

IV. Sofortmaßnahmen

1. Ornithologisches Gegengutachten beauftragen (Kontakt: Prof. Dr. Elisabeth Krüger, Universität Potsdam, FG Tierökologie – bereits angefragt).
2. Einstweilige Anordnung gegen Baumfällungen im Horstbereich (§ 123 VwGO) prüfen – Bausaison beginnt April 2026.
3. NABU-Kreisvorsitzender Dr. Stickelberger als Zeuge benennen.

Erstellt: 26.03.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Quellen: § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG; BVerwG, Urt. v. 27.06.2013, 4 C 1.12 ([dejure.org](https://dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Gericht=BVerwG&Datum=27.06.2013&Aktenzeichen=4+C+1.12)); OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 24.05.2019, OVG 11 A 9.15 ([openjur.de](https://openjur.de/u/2310984.html))

Datei: 06-normenkontrolle-regionalplan-vorbereitung.md

06 – Vorbereitung Normenkontrollantrag OVG Berlin-Brandenburg (§ 47 VwGO)

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

Datum: 28.03.2026

Verfahren: OVG 2 A 18.26 (OVG Berlin-Brandenburg, Normenkontrollantrag)

Streitgegenstand: Sachlicher Teilplan Windenergie des Regionalplans Uckermark-Barnim (RPL UB), in Kraft seit 15.06.2023

I. Gegenstand und Ziel des Normenkontrollantrags

Mit dem Normenkontrollantrag nach § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO i.V.m. § 10 ROG erstreben die Antragsteller Dr. Hiltrud Maashardt, Tobias Brüggemann und die Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“ die **Feststellung der Unwirksamkeit** des Sachlichen Teilplans Windenergie des Regionalplans Uckermark-Barnim, soweit dieser die Vorrangzone „Templiner Heide“ (Planzeichen: WEA-VRG-07) festsetzt.

Die Vorrangzone WEA-VRG-07 umfasst eine Fläche von ca. 487 ha nördlich von Templin und schließt den Standortbereich des Windparks „Templiner Heide West“ ein. Als Ziel der Raumordnung (§ 8 Abs. 7 Nr. 1 ROG) hat die Festsetzung Bindungswirkung für nachgelagerte Planungsebenen und Genehmigungsverfahren (§ 4 Abs. 1 ROG). Die Landesbehörden sind an dieses Ziel gebunden.

II. Prüfung der Zulässigkeit

1. Zuständiges Gericht

Das OVG Berlin-Brandenburg ist gem. § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO i.V.m. § 4 AGVwGO Berlin und § 4 AGVwGO Brandenburg zuständig für Normenkontrollanträge gegen Satzungen und Rechtsverordnungen der Länder Berlin und Brandenburg. Der Regionalplan ist eine Rechtsverordnung i.S.v. § 8 ROG i.V.m. § 12 LPlG Brandenburg.

2. Antragsbefugnis

Dr. Maashardt und Brüggemann sind als Grundstückseigentümer im Bereich der Vorrangzone antragsbefugt (§ 47 Abs. 2 S. 1 VwGO). Die BI ist als anerkannte Umweltvereinigung nach §§ 2, 3 UmwRG antragsbefugt; § 47 Abs. 2 S. 1 VwGO ist unionsrechtskonform weit auszulegen (EuGH, Urt. v. 20.12.2017, C-664/15 – „Protect“).

3. Antragsfrist (kritisch – vgl. Memo 03)

Der RPL UB wurde am **15.06.2023** im Amtsblatt für Brandenburg (Nr. 23/2023, S. 642) bekannt gemacht. Die Jahresfrist des § 47 Abs. 2 S. 1 VwGO läuft bis **15.06.2024** – sie ist **abgelaufen**.

Argumentation für Fristwahrung trotz Ablauf:

a) **Nichtbekanntmachung im Volltext:** Die Bekanntmachung enthielt lediglich einen Verweis auf die Auslegungsstelle, nicht den vollständigen Plan. Nach OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 09.11.2020 (OVG 2 A 14.18) beginnt die Frist nur zu laufen, wenn die Bekanntmachung den Antragstellern die Prüfung der Betroffenheit zumutbar ermöglicht hat.

b) **Erst durch Genehmigung konkretisierte Betroffenheit:** Die abstrakte Zielaussage des Regionalplans konkretisierte sich für die Antragsteller erst mit der Genehmigung vom 14.03.2026. Vorher war unklar, ob und in welcher Form eine WEA auf WEA-VRG-07 realisiert werden würde. Nach dem Grundsatz der Zumutbarkeit (vgl. BVerwG, Urt. v. 23.04.2002, 4 CN 3.01) ist die Frist daher erst ab 14.03.2026 anzusetzen.

c) **Objektiv verfahrenspflichtiges Recht:** Hilfsweise ist der Antrag als unzulässiger Antrag auf gerichtliche Normverwerfung anzusehen, der zugleich als Vorlage gem. Art. 100 GG zu behandeln wäre, falls der Plan mit höherrangigem Recht unvereinbar ist.

III. Materielle Rügen

1. Verstoß gegen Abwägungsgebot (§ 7 Abs. 2 ROG)

Der Regionalplan hat bei der Ausweisung der Vorrangzone WEA-VRG-07 die Abstände zu bestehenden Wohnbebauungen nicht ausreichend berücksichtigt. Das LPlG Brandenburg sah zum Zeitpunkt der Aufstellung keinen gesetzlichen Mindestabstand vor. Nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (§ 2

BlmSchG) und dem Beschleunigungsgesetz Windenergie an Land (WindBG, in Kraft seit 01.02.2023) hätten 1.000 m Mindestabstand zu Siedlungsflächen als Schutzziel in die Abwägung eingestellt werden müssen. Das Planungsbüro hat lediglich einen Abstand von 800 m zu Wohngebieten im Bebauungsplan als ausreichend angesehen.

2. Fehler im Umweltbericht (§ 9 ROG i.V.m. § 40 UVPG)

Der Umweltbericht zum Regionalplan (Anlage 2 des RPL UB) enthält keine Aussagen zur Konfliktlage mit dem Rotmilan-Vorkommen in der Gemarkung Templin-Süd (vgl. Anlage Aktenstück 05). Der Fehler ist erheblich, weil er die artenschutzrechtliche Beurteilung der Vorrangzone wesentlich beeinflusst hätte.

3. Klimaschutz-Abwägungsfehler (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG)

Die Vorhabenträgerin zieht Klimaschutzargumente (Beitrag zur Erreichung der Ziele des Klimaschutzprogramms Brandenburg 2030) für die Abwägung der Genehmigung heran. Demgegenüber rügt die BI, dass die Aufstellung des Regionalplans die BVerfG-Rechtsprechung zu den Klimaschutzzielen (BVerfG, Beschl. v. 24.03.2021, 1 BvR 2656/18 – „Klimabeschluss“) und die sich daraus ergebenden Anforderungen an die Abwägung (Reduktionspfade, intergenerationelle Gerechtigkeit) nicht ausreichend berücksichtigt hat. Insbesondere fehlt eine Auseinandersetzung damit, ob der Beitrag der Vorrangzone WEA-VRG-07 zur Klimaschutzverpflichtung Brandenburgs mit dem angemessenen Schutzniveau der Anwohner in Einklang gebracht wurde.

4. Salami-Taktik (kumulierende Planung)

Das parallel laufende Planfeststellungsverfahren zur 50Hertz-Höchstspannungsleitung „Uckermark-Pommern-Leitung“ tangiert dieselbe Landschaftsachse. Die Auswirkungen beider Vorhaben auf das Landschaftsbild und den Naturraum wurden im Regionalen Raumordnungsverfahren nicht kumulativ bewertet. Dies begründet einen Abwägungsfehler nach § 7 Abs. 2 S. 1 ROG.

IV. Weiteres Vorgehen

- Antrag beim OVG bis **15.04.2026** einreichen (vor Ablauf der Klagefrist, um Präklusionsprobleme im Hauptsacheverfahren zu vermeiden)
- Einstweilige Anordnung gem. § 47 Abs. 6 VwGO beantragen (Voraussetzungen: dringende Gründe, erhebliche Folgen)
- Koordination mit NABU Berlin-Brandenburg, der einen eigenen Normenkontrollantrag erwägt

Erstellt: 28.03.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Datei: 07-klimaklage-verschraenkung.md

07 – Rechtliches Memorandum: Klimaklage-Verschränkung und BVerfG-Rechtsprechung

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

Datum: 30.03.2026

Verfahren: 4 K 218/26 (VG Potsdam); OVG 2 A 18.26 (OVG Berlin-Brandenburg)

I. Ausgangslage

Die Vorhabenträgerin WindEnergie Uckermark GmbH & Co. KG hat im Genehmigungsverfahren (LfU, Az.: 40.2-LfU-7204-22/26) die Erreichung der Klimaschutzziele Brandenburgs als öffentliches Interesse im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes angeführt. Das LfU hat dieses Argument in der Abwägung aufgegriffen und ausgeführt (Bescheid S. 38), dass das „überragende öffentliche Interesse“ an der Windenergienutzung gem. § 2 EEG 2023 i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB die privaten Beeinträchtigungen der Nachbarschaft überwiege.

Die BI hält dem entgegen, dass diese Abwägung methodisch fehlerhaft ist und die BVerfG-Rechtsprechung unzutreffend anwendet.

II. BVerfG-Klimabeschluss und seine Auswirkungen

1. BVerfG, Beschluss vom 24.03.2021 (1 BvR 2656/18 – „Klimabeschluss“)

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die nach dem KSG a.F. vorgesehenen CO₂-Budgets für die Zeit nach 2030 unzureichend waren und die Gesetzgeber verpflichtet sind, die ab 2031 erforderlichen Reduktionsleistungen so rechtzeitig zu regeln, dass die Freiheitsrechte der nachfolgenden Generationen nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Die Entscheidung enthält keine direkte Aussage dazu, dass einzelne Genehmigungsverfahren zwingend zugunsten der Windenergie entschieden werden müssen.

Vgl. BVerfG, Beschl. v. 24.03.2021, 1 BvR 2656/18, Rdnr. 183: „Der Gesetzgeber ist nicht gehindert, Klimaschutzmaßnahmen auch gegenüber privaten Beeinträchtigungen zu gewichten. Er muss dabei jedoch das Verhältnismäßigkeitsprinzip wahren.“

2. Länderspezifische Klimaschutzziele Brandenburg

Das Klimaschutzgesetz des Landes Brandenburg (KSG BB, in Kraft seit 2020, § 3 Abs. 1) legt fest, dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 60 % gegenüber 1990 zu senken sind und Brandenburg bis 2050 klimaneutral sein soll. Das Energie- und Klimaprogramm Brandenburg (EKP 2030) sieht den Ausbau der Windenergie an Land auf 10.500 MW bis 2030 vor (Stand 2023: ca. 7.200 MW installiert).

3. Kritik an der Abwägungsmethodik des LfU

Das LfU hat im Genehmigungsbescheid (S. 38) pauschal auf das „überragende öffentliche Interesse“ nach § 2 EEG 2023 verwiesen, ohne:

- a) zu prüfen, ob der konkrete Windpark einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leistet (5 × 6,0 MW = 30 MW, entspricht ca. 0,3 % des Ausbaupfades),
- b) die konkreten Beeinträchtigungen der Nachbarschaft (Schallimmissionen, Schattenwurf, Artenschutz) im Einzelnen gegen den Klimaschutzbeitrag abzuwägen,
- c) die **Verhältnismäßigkeit** im Sinne des BVerfG-Klimabeschlusses zu prüfen – also ob weniger eingriffsintensive Alternativen (andere Standorte, geringere Anlagenzahl, technische Schallminderung) denselben Klimaschutzbeitrag leisten könnten.

4. Bedeutung für das vorliegende Verfahren

Die BI argumentiert nicht gegen den Klimaschutz als solchen, sondern gegen die **fehlerhafte Abwägungsmethodik**. Ein Genehmigungsbescheid, der die Klimaschutzargumente der Vorhabenträgerin übernimmt, ohne eine eigenständige Verhältnismäßigkeitsprüfung vorzunehmen, leidet an einem **Abwägungsfehler** (§ 24 VwVfG i.V.m. dem Gebot der fehlerfreien Ermessensausübung).

Die Bürgerinitiative wendet sich **nicht** gegen Klimaschutz und Windenergienutzung als solche (was auch von der Klagebefugnis nach § 2 UmwRG ohnehin nicht gedeckt wäre), sondern rügt, dass die **konkret-individuelle Abwägung** in diesem Verfahren mit diesem Standort methodisch fehlerhaft ist.

III. Energietrassen-Bezug: Planfeststellungsverfahren 50Hertz

Das Bundesnetzagentur-Planfeststellungsverfahren für die Höchstspannungsleitung „Uckermark-Pommern-Leitung“ (50Hertz, Trasse UPL-2024, Planfeststellungsverfahren Az.: BNetzA-PFV-2024-UPL) betrifft eine 380-kV-Freileitung, die 2,3 km östlich des Windpark-Standorts geführt werden soll.

Salami-Taktik-Argument: Die getrennte Genehmigung von Windpark und Netzanschlussleitung stellt nach der Rechtsprechung des OVG Berlin-Brandenburg eine unzulässige Aufspaltung eines einheitlich zu beurteilenden Vorhabens dar, wenn die Leitungen ausschließlich für den Anschluss des Windparks benötigt werden (OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 14.10.2015, OVG 11 A 4.13). Dies ist hier zu prüfen.

IV. Fazit

1. Die BVerfG-Rechtsprechung zum Klimaschutz zwingt nicht zur Genehmigung jedes Windparkprojekts, sondern verlangt eine verhältnismäßige Abwägung.
2. Das LfU hat diese Abwägung fehlerhaft durchgeführt.
3. Der parallel laufende 50Hertz-Trassen-Planfeststellung begründet ein eigenständiges prozessuales Argument (Unzulässigkeit der Vorhaben-Aufspaltung).

Erstellt: 30.03.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Quellen: BVerfG, Beschl. v. 24.03.2021, 1 BvR 2656/18 ([dejure.org](https://dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Gericht=BVerfG&Datum=24.03.2021&Aktenzeichen=1+BvR+2656%2F18)); § 2 EEG 2023; § 3 KSG BB; OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 14.10.2015, OVG 11 A 4.13 (openjur.de)

Datei: 08-eilantrag-80-abs5-vorbereitung.md

08 – Vorbereitung Eilantrag § 80 Abs. 5 VwGO

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

Datum: 01.04.2026

Verfahren: 4 L 89/26 (VG Potsdam)

I. Anlass: Anordnung des Sofortvollzugs

Das LfU Brandenburg hat im Genehmigungsbescheid vom 14.03.2026 (Az.: 40.2-LfU-7204-22/26, Abschnitt VII, S. 52) die sofortige Vollziehung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung gem. § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO angeordnet. Die Begründung lautet (Bescheid S. 52 f.):

> „Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist im überwiegenden öffentlichen Interesse geboten. Der Ausbau erneuerbarer Energien dient der Daseinsvorsorge und hat besonderes öffentliches Gewicht. Eine

Verzögerung durch aufschiebende Wirkung einer Klage würde den geplanten Inbetriebnahmetermin November 2026 gefährden und damit den Klimaschutzzielen des Landes Brandenburg widerstreiten."

Diese Begründung ist nach unserer Einschätzung **unzureichend** (s. u.).

II. Anforderungen an die Sofortvollzugsbegründung

Rechtlicher Maßstab

Nach § 80 Abs. 3 S. 1 VwGO muss die Behörde das besondere Interesse an der sofortigen Vollziehung **schriftlich begründen**. Die Begründung muss auf den konkreten Einzelfall bezogen sein; eine stereotype, formelhaft-abstrakte Begründung genügt nicht (vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.07.2019, OVG 11 S 8.19; BVerwG, Beschl. v. 18.09.2001, 1 DB 26.01).

Mangel der LfU-Begründung

Die LfU-Begründung erschöpft sich in allgemeinen Erwägungen zum Klimaschutz und zum Ausbau erneuerbarer Energien. Sie enthält keine einzelfallbezogene Abwägung:

- Keine Auseinandersetzung damit, warum gerade die Inbetriebnahme im November 2026 einer sofortigen Vollziehung bedarf (Bauzeitenplan nicht dargelegt),
- Keine Abwägung der konkreten Interessen der Drittbetroffenen (Dr. Maashardt, Brüggemann),
- Kein Auseinanderfallen von wirtschaftlichem Schaden der Vorhabenträgerin und Erholbarkeit des Eingriffs geprüft.

Nach OVG Brandenburg (Beschl. v. 23.05.2018, 11 S 23.18; vgl. openjur.de) ist die Anordnung des Sofortvollzugs formell rechtswidrig, wenn die Begründung ausschließlich aus abstrakten Gemeinwohlerwägungen besteht.

III. Interessenabwägung nach § 80 Abs. 5 VwGO

Maßstab des Eilantrags

Das Gericht hat gem. § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO eine eigenständige Interessenabwägung vorzunehmen. Dabei kommt den Erfolgsaussichten der Hauptsache indizielle Bedeutung zu.

Erfolgsaussichten der Hauptsache (summarische Prüfung)

Nach den in den Aktenstücken 04 und 05 dargestellten Mängeln erscheinen die Erfolgsaussichten der Anfechtungsklage 4 K 218/26 als **offen bis überwiegend begründet**. Insbesondere:

1. Die Schallprognose enthält methodische Fehler (LAI-Hinweise 2022 nicht berücksichtigt, fehlerhafte Eingangsdaten für WEA 03), die zu einer Grenzwertüberschreitung am Immissionsort IO-05 führen.
2. Der Rotmilan-Horst in 387 m Abstand zu WEA 03 ist nicht erfasst; § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG könnte verletzt sein.
3. Die Schattenwurfberechnung enthält einen Geometriefehler bei WEA 03 (Rotordurchmesser 151 m statt 163 m).

Bei offenem Ausgang der Hauptsache überwiegen die **Folgenabwägungsinteressen zugunsten der Antragsteller**:

- **Irreversibilität des Eingriffs:** Errichtete Windenergieanlagen können nach Inbetriebnahme praktisch nicht mehr rückgebaut werden (wirtschaftliche Irreversibilität). Ein stattgebender Eilbeschluss sichert den Status quo.

- **Schallbelastung:** Täglich nächtliche Lärmeinwirkungen auf Dr. Maashardt ab Inbetriebnahme (gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen, Schlafstörungen ab 40 dB(A) nach WHO-Leitlinien 2018).
- **Wirtschaftlicher Schaden der Vorhabenträgerin:** Überschaubar, da Planungskosten bereits entstanden; laufende Ertragsausfälle während Verfahrensdauer sind durch Bürgschaft absicherbar.

Ergebnis der Interessenabwägung

Die aufschiebende Wirkung ist wiederherzustellen. Hilfsweise: Anordnung einer Sicherheitsleistung und Beschränkung des Vollzugs auf vorbereitende Maßnahmen (Fundamente ohne Turm- und Maschinenmontage).

IV. Verfahrensstrategie

- Antrag stellen: Unverzüglich nach Klageerhebung (4 K 218/26), spätestens 16.04.2026.
- Dringlichkeit: Baubeginn nach Auskunft der Vorhabenträgerin (Pressemitteilung 20.03.2026) für **01.05.2026** geplant.
- Sicherungsantrag § 123 VwGO: Parallel gegen Baumfällmaßnahmen im Horstbereich (drohende Irreversibilität durch Zerstörung des Rotmilan-Horstes bereits vor Hauptsacheentscheidung).

Erstellt: 01.04.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Datei: 09-sofortvollzug-formruege.md

09 – Formelle Rüge: Begründung Sofortvollzug (§ 80 Abs. 3 VwGO)

Aktenzeichen: 4 L 89/26 (VG Potsdam)

Von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

An: VG Potsdam

Datum: 16.04.2026 (eingereicht gleichzeitig mit Eilantrag)

Formelle Rüge der Sofortvollzugsbegründung

Im vorliegenden Eilantragsverfahren macht die Antragstellerin geltend, dass die Anordnung des Sofortvollzugs im Genehmigungsbescheid des LfU vom 14.03.2026 (Az.: 40.2-LfU-7204-22/26) formell rechtswidrig ist, weil die gem. § 80 Abs. 3 S. 1 VwGO erforderliche einzelfallbezogene schriftliche Begründung fehlt.

Die LfU-Begründung (Bescheid S. 52 f.) lautet auszugsweise:

„Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist im überwiegenden öffentlichen Interesse geboten. Der Ausbau erneuerbarer Energien dient der Daseinsvorsorge und hat besonderes öffentliches Gewicht.“*

Diese Begründung ist nach der ständigen Rechtsprechung des OVG Berlin-Brandenburg (vgl. OVG 11 S 8.19 vom 23.07.2019; OVG 11 S 23.18 vom 23.05.2018) nicht ausreichend, weil sie:

1. **Abstrakt-generell** ist und keine Besonderheiten des Einzelfalls benennt,

2. Keine **Auseinandersetzung mit den konkreten Interessen der Drittbetroffenen** enthält,
3. Die **Eilbedürftigkeit** nicht hinreichend begründet (warum ist eine Inbetriebnahme im November 2026 für den Klimaschutz zwingend?),
4. Keine **Prognose** enthält, dass der durch aufschiebende Wirkung entstehende Schaden für das öffentliche Interesse schwerer wiegt als der Schaden für die Antragsteller.

Die formelle Rechtswidrigkeit hat zur Folge, dass die aufschiebende Wirkung bereits von Amts wegen wiederherzustellen ist, ohne dass es auf die Interessenabwägung ankäme (vgl. OVG Münster, Beschl. v. 17.02.2022, 8 B 1717/21, NVwZ-RR 2022, 567).

Die Antragstellerin beantragt daher, die aufschiebende Wirkung ihrer Klage (4 K 218/26) gegen den Genehmigungsbescheid des LfU vom 14.03.2026 wiederherzustellen.

Erstellt: 16.04.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Datei: 10-repowering-konzept-rüge.md

10 – Rüge: Fehlendes Repowering-Konzept Altanlagen

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

Datum: 05.04.2026

Verfahren: 4 K 218/26 (VG Potsdam)

I. Sachverhalt

Im unmittelbaren Nahbereich des Windparks „Templiner Heide West“ befinden sich 7 ältere Windenergieanlagen des Typs ENERCON E-66 (Nabenhöhe 98 m, Rotordurchmesser 66 m, Leistung je 2,0 MW), die seit 2004 im Betrieb sind und als Windpark „Templiner Heide Ost“ bezeichnet werden. Diese Anlagen sind seit Januar 2024 über ihre 20-jährige EEG-Vergütungsfrist hinaus (sog. „Post-EEG-Betrieb“) und werden ohne Vergütung am Markt betrieben.

II. Rechtliche Anforderungen an ein Repowering-Konzept

Das BImSchG enthält keine ausdrückliche Pflicht zur Vorlage eines Repowering-Konzepts. Jedoch ergibt sich aus § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG (Genehmigungsvoraussetzungen: Vereinbarkeit mit öffentlichem Recht) i.V.m. dem Gebot der Rücksichtnahme (§ 15 BauGB analog, §§ 5 ff. BImSchG) die Verpflichtung, Kumulationseffekte von Alt- und Neuanlagen zu berücksichtigen.

Das OVG Berlin-Brandenburg hat in seiner Entscheidung vom 24.02.2022 (OVG 11 A 18.18) ausgeführt, dass bei unmittelbarer räumlicher Nähe von Bestandsanlagen und neuen WEA die Kumulationswirkungen auch im Genehmigungsverfahren für die neuen Anlagen zu bewerten sind – insbesondere für Schall und Schattenwurf.

III. Konkrete Rüge

Der Genehmigungsbescheid und das zugrundeliegende Schallgutachten berücksichtigen die Schallimmissionen der 7 Altanlagen (Windpark „Templiner Heide Ost“) nicht kumulativ (vgl. Aktenstück 04,

Mangel 3). Darüber hinaus enthält der Bescheid keine Auflage oder Nebenbestimmung, die die Abschaltung oder den Rückbau der Altanlagen im Zuge des Repowerings vorschreibt oder sichert.

Die Vorhabenträgerin hatte in einem Pressegespräch (Prenzlauer Zeitung, 15.02.2026) angekündigt, die Altanlagen im Zuge des Neubaus zurückzubauen. Im Genehmigungsverfahren ist diese Zusage jedoch nicht verbindlich gemacht worden. Nach Auskunft der WindEnergie Uckermark GmbH & Co. KG (Schreiben vom 10.03.2026 an das LfU) ist ein „freiwilliger Rückbau erst nach Ablauf der Übergangsphase geplant, frühestens Ende 2028.“ Damit besteht für einen Zeitraum von mindestens 2 Jahren ein kumulativer Betrieb beider Windparkgruppen.

IV. Rechtsfolge

Die Nichtberücksichtigung der Kumulationswirkung in der Schallprognose (Mangel 3 in Aktenstück 04) führt dazu, dass die Genehmigungsvoraussetzungen des § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG i.V.m. Nr. 3.2.1 TA Lärm nicht erfüllt sind. Der Genehmigungsbescheid ist insoweit rechtswidrig.

Ferner verletzt das Fehlen einer verbindlichen Rückbauauflage das Gebot der Rücksichtnahme gegenüber den Nachbarn (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG), die durch die kumulierte Dauerbelastung beider Windparkgruppen unzumutbar beeinträchtigt werden.

Erstellt: 05.04.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Quellen: OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 24.02.2022, OVG 11 A 18.18 ([openjur.de])(<https://openjur.de>)); § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG; Nr. 3.2.1 TA Lärm

Datei: 11-gutachterbeauftragung-schall.md

11 – Gutachterbeauftragung: Gegengutachten Schallimmissionen

Von: RA Dr. Korbinian Maaßmann, Maaßmann Umwelt- und Energierecht, Stadtkanal 19, 14467 Potsdam

An: Dipl.-Ing. Klaus Riedering, öbuv. Sachverständiger für Schall und Erschütterungen, Berliner Straße 44, 14467 Potsdam

Datum: 08.04.2026

Betr.: Auftrag zur Erstellung eines Gegengutachtens zur Schallimmissionsprognose AC-2023-0741-Rev.3

Beauftragung

Sehr geehrter Herr Riedering,

im Verfahren 4 K 218/26 / 4 L 89/26 (VG Potsdam) beauftrage ich Sie namens meiner Mandantin, der Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“, sowie der Kläger Dr. Hiltrud Maashardt und Tobias Brüggemann mit der Erstellung eines **Sachverständigengegengutachtens** zur Schallimmissionsprognose des Büros AkustikConsult GmbH (Bericht-Nr. AC-2023-0741-Rev.3, Stand 28.09.2023).

Prüfauftrag

1. **Methodenkritik:** Prüfung, ob die LAI-Hinweise 2022 korrekt angewendet wurden (insbesondere AM-Schall, Tonzuschlag, meteorologische Korrekturfaktoren),
2. **Eingangsdaten:** Überprüfung des angesetzten Schallleistungspegels der Nordex N163/6.X (nach offiziellen Produktdaten),
3. **Kumulationsberechnung:** Eigenständige Berechnung der kumulativen Schallimmission unter Berücksichtigung der 7 Altanlagen (ENERCON E-66) sowie der neuen 5 WEA (N163/6.X) an allen relevanten Immissionsorten,
4. **Schattenwurf:** Überprüfung der Rotordurchmesser-Eingabe in der Schattenwurfberechnung für WEA 03 (Immissionsort IO-05: Dr. Maashardt),
5. **Immissionsrichtwertvergleich:** Eigene Berechnung der Beurteilungspegel an Immissionsorten IO-01 bis IO-12 nach TA Lärm / LAI-Hinweise 2022 und Vergleich mit den Werten des Ursprungsgutachtens.

Zeitplan

- Vorlage des Gegengutachtens bis: **25.04.2026** (vor dem erwarteten Eilbeschluss)
- Übergabe in digitaler und analoger Form (3-fach)
- Kostenrahmen: Bis 8.000 EUR netto (Stundensatz 180 EUR/h, max. 44 Stunden)

Unterlagen

Als Anlagen übersende ich:

- Schallimmissionsprognose AC-2023-0741-Rev.3 (PDF, 127 Seiten)
- Technisches Datenblatt Nordex N163/6.X, Rev. 4 (PDF)
- LAI-Hinweise 2022 (PDF)
- Katasterauszug mit Standortkoordinaten WEA 01–05 und Altanlagen
- Akteneinsicht-Protokoll LfU (Überprüfung ausstehend)

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Korbinian Maaßmann Rechtsanwalt / Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Erstellt: 08.04.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Datei: 12-akteneinsicht-ergebnis.md

12 – Akteneinsicht LfU – Ergebnisprotokoll

Datum der Akteneinsicht: 24.03.2026

Ort: Landesamt für Umwelt Brandenburg, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke, Zimmer 3.14

Anwesend: RA Dr. Korbinian Maaßmann (Kanzlei Maaßmann), Ref. Tobias Wagner (LfU, Sachbearbeiter)

Verfahren: 40.2-LfU-7204-22/26

I. Umfang der eingesehenen Unterlagen

Dem Akteneinsichtsrecht wurde seitens des LfU **teilweise** entsprochen. Vollständig eingesehen werden konnten:

- Antragsunterlagen der Vorhabenträgerin (Ordner 1–4 von 7)
- Schallimmissionsprognose AC-2023-0741-Rev.3 (vollständig)
- Schattenwurfprognose (vollständig)
- UVP-Bericht (vollständig)
- Öffentlichkeitsbeteiligung: Einwendungsverzeichnis (192 Einwendungen)

Nicht eingesehen werden konnten (LfU verweigert mit Begründung des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses der Vorhabenträgerin):

- Berechnungsprotokolle und Eingabedateien der Schallsoftware (WindPRO-Dateien)
- Interne E-Mail-Korrespondenz zwischen LfU und Vorhabenträgerin
- Ordner 5–7 (angeblich Duplikate und Verwaltungsinterna)

Rechtlicher Hinweis: Die Verweigerung der Einsicht in die Berechnungsgrundlagen ist angreifbar (§ 29 Abs. 2 VwVfG i.V.m. § 6 UmwRG). Informationsfreiheitsantrag nach § 4 IFG Brandenburg gestellt (s. Aktenstück 13).

II. Wesentliche Erkenntnisse

Schallgutachten

Bestätigt: Schallleistungspegel WEA 03 im Gutachten mit **106,0 dB(A)** angegeben (wie in Aktenstück 04 identifiziert). Nordex-Typenblatt liegt als Anlage 3 in Ordner 2; dort findet sich für Betriebsmodus M0 der Wert **107,5 dB(A)**.

Einwendung der NABU-Kreisgruppe Uckermark (Einwendung Nr. 47, Ordner 7, nicht eingesehen) soll nach Aussage von Ref. Wagner ebenfalls die Schallprognose beanstandet haben – Inhalt nicht verifizierbar.

Artenschutzrechtliche Prüfung

Die saP (NaturaConsult, Bericht NC-WTH-2022) liegt vollständig vor. Rotmilan-Horst bei 53°07'12" N, 13°22'34" O ist darin **nicht erfasst**. Kartierungsprotokolle (12 Begehungstermine in 2022) sind beigelegt. Ein zweites Erfassungsjahr fehlt bestätigt.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Erörterungstermin hat **nicht stattgefunden** (LfU hat ihn gem. § 12 Abs. 1 S. 3 BImSchG als nicht erforderlich abgelehnt). Dies ist bei einer Vielzahl von Einwendungen (192) und bei einer UVP-pflichtigen Anlage zumindest begründungsbedürftig.

Sofortvollzug

Die Anordnung des Sofortvollzugs (Abschnitt VII des Bescheids) wurde nicht durch einen separaten Vermerk oder ein Protokoll vorbereitet. Die einseitige Begründung (s. Aktenstück 08) ist damit auch im Verwaltungsvorgang nicht durch eine eigenständige Abwägung hinterlegt.

III. Handlungsempfehlungen

1. Klageerhebung 4 K 218/26 und Eilantrag 4 L 89/26 bis 16.04.2026 (Fristablauf)

2. IFG-Antrag auf Zugang zu Berechnungsgrundlagen weiterverfolgen
3. Gegengutachten Schall beauftragen (Aktenstück 11)
4. Ornithologisches Gegengutachten (Rotmilan) beauftragen

Erstellt: 24.03.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Datei: 13-ifg-antrag-berechnungsgrundlagen.md

13 – IFG-Antrag: Herausgabe Berechnungsgrundlagen Schallsoftware

Von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

An: Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU), Datenschutz- und Informationsfreiheitsbeauftragter

Datum: 25.03.2026

Betr.: Antrag auf Informationszugang gem. § 4 IFG Brandenburg, Genehmigungsverfahren
40.2-LfU-7204-22/26

Antrag

Ich beantrage namens der Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“ gem. § 4 Abs. 1 des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes (AIG Brandenburg) Zugang zu folgenden Informationen:

1. Alle Eingabedateien der Schallberechnungssoftware (WindPRO, CadnaA oder vergleichbar), die der Schallimmissionsprognose AC-2023-0741-Rev.3 zugrunde liegen,
2. Berechnungsprotokoll-Dateien (Log-Files) der Schallsoftware für alle Berechnungsläufe,
3. Kalibrierungsnachweise der verwendeten Mikrofone und Messgeräte (sofern Messungen durchgeführt wurden),
4. Korrespondenz des LfU mit dem Gutachterbüro AkustikConsult GmbH im Zeitraum 01.01.2023 bis 14.03.2026.

Die Verweigerung der Akteneinsicht in diese Unterlagen bei der Einsicht am 24.03.2026 wurde mit dem Verweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Vorhabenträgerin (§ 8 Abs. 1 Nr. 3 AIG BB) begründet. Dem widerspreche ich: Die Berechnungsgrundlagen einer Schallimmissionsprognose, die im Rahmen eines öffentlichen Genehmigungsverfahrens mit UVP vorgelegt wird, unterliegen dem Informationszugangsanspruch, weil sie keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten (vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 07.11.2019, OVG 12 B 3.18 zu Berechnungsgrundlagen im Planfeststellungsverfahren).

Ich bitte um Bescheidung bis **15.04.2026**.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Korbinian Maaßmann

Erstellt: 25.03.2026 | Akte: WUE-2026/047

14 – Protokoll: Abstimmungsgespräch mit NABU-Kreisgruppe Uckermark

Datum: 27.03.2026, 14:00–16:30 Uhr

Ort: Naturschutzzentrum Uckermark, Joachimstraße 12, 17291 Prenzlau

Teilnehmende:

- RA Dr. Korbinian Maaßmann (Kanzlei Maaßmann)
- Dr. Ralf Stickelberger (NABU-Kreisgruppenvorsitzender Uckermark)
- Dipl.-Biol. Susanne Fehrenbach (NABU, Referentin Vögelschutz)
- Dr. Hiltrud Maashardt (Vorsitzende BI Lebenswerte Uckermark e.V.)
- Tobias Brüggemann (Stv. Vorsitzender BI)

I. Gesprächsverlauf

1. Rotmilan-Horst

Dr. Stickelberger berichtet über den Horst-Fund vom 20.03.2026: Ein aktiv besetzter Rotmilan-Horst wurde in einem Waldstück nordöstlich von Templin (Koordinaten: 53°07'12" N, 13°22'34" O) identifiziert. Das Paar zeigte Brutverhalten; ein Ei soll nach Fernglas-Beobachtung vorhanden sein.

Dipl.-Biol. Fehrenbach ergänzt: Der Horst war 2021 bei der NABU-Brutvogelkartierung noch nicht besetzt. 2022 (Kartierungsjahr der saP) wurde er vom NaturaConsult-Team offenbar übersehen. 2023 und 2024 wurde er von der NABU-Kreisgruppe als besetzt dokumentiert (NABU-Meldebogen, Kopie als Anlage).

Handlungspunkte:

- NABU stellt Dr. Maaßmann die Kartierungsdaten 2021–2024 zur Verfügung (Übergabe bis 30.03.2026).
- Dr. Stickelberger erklärt sich bereit, als sachverständiger Zeuge im Verfahren auszusagen.
- NABU prüft eigene Klagebefugnis als nach § 3 UmwRG anerkannte Vereinigung.

2. Planfeststellungsverfahren 50Hertz

Dr. Maaßmann erläutert den Zusammenhang mit dem 50Hertz-Planfeststellungsverfahren. Der NABU hat bereits Einwendungen im Scopingtermin (Oktober 2025) eingebracht. Koordination der Einwendungen soll in einem Folgetreffen abgestimmt werden.

3. Gegengutachten Artenschutz

NABU wird Prof. Dr. Elisabeth Krüger (Uni Potsdam) ansprechen, ob sie ein ornithologisches Gegengutachten erstellen kann. Kosten teilen BI (60 %) und NABU (40 %). Kostenrahmen: bis 12.000 EUR netto.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Einigkeit darüber, dass die Öffentlichkeitsarbeit koordiniert werden soll:

- Gemeinsame Pressemitteilung nach Klageerhebung (aber kein Vorwegnehmen)

- Infoabend in Templin geplant (15.04.2026)
- Keine Aussagen über Erfolgsaussichten in der Presse (Anweisung RA Dr. Maaßmann)

II. Nächste Schritte

Maßnahme	Verantwortlich	Termin
Übergabe NABU-Kartierungsdaten 2021–2024	Dr. Stickelberger	30.03.2026
Beauftragung Gegengutachten Prof. Krüger	Dr. Maaßmann + NABU	05.04.2026
Klageerhebung und Eilantrag	RA Dr. Maaßmann	bis 16.04.2026
Infoabend Templin	BI (Dr. Maashardt)	15.04.2026
Folgeabstimmung 50Hertz-Verfahren	alle	20.04.2026

Protokolliert: RA Dr. K. Maaßmann | Datum: 27.03.2026 | Akte: WUE-2026/047

Datei: 15-drittanfechtung-umwelt-rechtslage.md

15 – Rechtslage Drittanfechtung Umwelt (§ 5 BImSchG, Schutznormtheorie)

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

Datum: 02.04.2026

Verfahren: 4 K 218/26 (VG Potsdam)

I. Drittschützende Normen im BImSchG

1. § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG

Die Vorschrift verpflichtet den Betreiber einer Anlage, diese so zu errichten und zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können.

Nach ständiger Rechtsprechung des BVerwG (Urt. v. 22.10.2015, 7 C 15.13, juris Rdnr. 16 ff.; BVerwGE 144, 1) ist § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG **drittschützend** zugunsten der von schädlichen Umwelteinwirkungen betroffenen Nachbarschaft. Der Begriff „Nachbarschaft“ umfasst alle natürlichen und juristischen Personen, die durch den Anlagenbetrieb immissionsmäßig beeinträchtigt werden, auch wenn sie nicht im Einwirkungsbereich der Anlage im technischen Sinne wohnen.

2. Schutznormtheorie

Die Schutznormtheorie besagt, dass ein Kläger im Verwaltungsprozess nur dann klagebefugt ist, wenn die anzuwendende Norm nicht nur dem öffentlichen Interesse, sondern auch dem Schutz individueller Interessen dient (BVerwGE 107, 215, 218). Bei § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG ist der Drittschutz ausdrücklich verankert durch die Formulierung „Nachbarschaft“. Die Betroffenheit der Kläger Dr. Maashardt (412 m) und Brüggemann (730 m) ist für eine WEA mit 246 m Gesamthöhe nach der saP-Prüfung der Schallprognose überwiegend wahrscheinlich.

II. Umfang des Drittschutzes

1. Schall (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG i.V.m. TA Lärm)

Drittschützend sind die Lärmgrenzwerte der TA Lärm (Nr. 6.1). Der Nachbar hat einen **subjektiven öffentlichen Rechtsanspruch** auf Einhaltung der Immissionsrichtwerte. Wird der Richtwert überschritten, ist der Bescheid aufzuheben, soweit er zur Überschreitung führt.

2. Schattenwurf

Für Schattenwurf gilt kein ausdrücklicher gesetzlicher Grenzwert. Die LAI-Orientierungswerte (30 h/a tatsächliche Beschattung, 30 min/d) sind norminterpretatorischer Natur. Nach der Rechtsprechung des OVG Schleswig-Holstein (Urt. v. 28.02.2019, 4 LB 6/17) und des VGH Bayern (Urt. v. 18.07.2019, 22 BV 18.2402) gilt eine Beschattung über 30 h/a als unzumutbar, wobei eine Einzelfallprüfung erforderlich ist. Die berechneten 34,2 h/a (nach Korrektur, s. Aktenstück 04) übersteigen den Orientierungswert.

3. Optische Bedrängung (Umzingelungseffekt)

Die Rechtsprechung zum Umzingelungseffekt bei WEA ist restriktiv. Das BVerwG (Beschl. v. 11.12.2006, 4 B 72.06) hat die Figur der „optischen Bedrängnis“ als eigenständigen Klagegrund abgelehnt; sie kann allenfalls mittelbar über das Rücksichtnahmegebot (§ 35 Abs. 3 BauGB) oder als Wertminderungsaspekt bei der Verhältnismäßigkeit relevant werden. Die BI wird diesen Aspekt nicht hauptsächlich verfolgen, sondern als Ergänzungsargument beibehalten.

III. Beiladung (§ 65 VwGO)

Die Vorhabenträgerin WindEnergie Uckermark GmbH & Co. KG ist als Inhaberin der angefochtenen Genehmigung notwendig beizuladen (§ 65 Abs. 2 VwGO). Das LfU ist Beklagter. Die Beiladung muss vom Gericht von Amts wegen ausgesprochen werden; eine entsprechende Anregung wird in der Klageschrift aufgenommen.

Erstellt: 02.04.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Quellen: BVerwGE 107, 215; BVerwGE 144, 1 ([dejure.org](https://dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Gericht=BVerwG&Datum=22.10.2015&Aktenzeichen=7+C+15.13)); OVG Schleswig-Holstein, Urt. v. 28.02.2019, 4 LB 6/17; VGH Bayern, Urt. v. 18.07.2019, 22 BV 18.2402 (openjur.de)

Datei: 16-streitwert-kostennotiz.md

16 – Streitwert und Kostennotiz

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

Datum: 10.04.2026

Verfahren: 4 K 218/26 / 4 L 89/26 / OVG 2 A 18.26

I. Streitwert Anfechtungsklage (4 K 218/26)

Maßstab

Nach § 52 Abs. 1 GKG richtet sich der Streitwert nach der Bedeutung der Sache für den Kläger. In Nachbarklagen gegen immissionsschutzrechtliche Genehmigungen für WEA orientieren sich die VG an den wirtschaftlichen Auswirkungen für die Kläger sowie der Größe des Vorhabens.

Streitwertansätze

Kläger	Streitwertanteil	Begründung
BI Lebenswerte Uckermark e.V.	100.000 EUR	Verbandsklage, 247 Mitglieder, Vorhabenvolumen ca. 80 Mio. EUR
Dr. Hiltrud Maashardt	60.000 EUR	Unmittelbare Nachbarin (412 m), Grundstücksentwertung geschätzt 40.000 EUR
Tobias Brüggemann	50.000 EUR	Betrieblicher Schaden, Wohnimmission (730 m)
Gesamt	**210.000 EUR**	Streitwertaddition gem. § 39 GKG

Nach dem Streitwert-Katalog des VG Potsdam (interner Hinweis, Stand 2024) werden WEA-Drittanfechtungen typischerweise mit 60.000–120.000 EUR je Anlage bewertet; hier 5 Anlagen = möglicher Gesamtstreitwert bis 600.000 EUR nach Vorhabenträgerperspektive. Realistischer Ansatz bei Drittklage: 210.000 EUR.

Gerichtskosten bei Streitwert 210.000 EUR

3,0-facher Gebührensatz (Verfahren bis Urteil ohne Berufung):

- Gerichtsgebühren: ca. 6.858 EUR (Gebührentabelle Anlage 2 GKG)

II. Streitwert Eilantrag (4 L 89/26)

§ 53 Abs. 2 Nr. 2 GKG: 1/4 bis 1/2 des Hauptsachestreitwerts = **26.250–52.500 EUR** (Ansatz: 1/4 = 52.500 EUR)

III. Streitwert Normenkontrolle OVG (OVG 2 A 18.26)

§ 52 Abs. 1 GKG. Normenkontrollanträge gegen Regionalpläne: 20.000–60.000 EUR (Orientierung an OVG Berlin-Brandenburg-Praxis). Ansatz: **30.000 EUR** (konservativ, wegen Fristproblem).

IV. Vergütungsnotiz

Anfechtungsklage (4 K 218/26)

- 1,3-Verfahrensgebühr (Nr. 3100 VV RVG) bei Streitwert 210.000 EUR: ca. 3.762 EUR netto
- 1,2-Terminsgebühr (Nr. 3104 VV RVG): ca. 3.472 EUR netto

- Post- und Telekommunikation (Nr. 7002 VV RVG): 20 EUR
- Reisekosten VG Potsdam: ca. 50 EUR
- **Zwischensumme:** ca. 7.304 EUR netto + 19 % MwSt = ca. 8.692 EUR brutto

Eilantrag (4 L 89/26)

- 1,3-Verfahrensgebühr bei Streitwert 52.500 EUR: ca. 1.579 EUR netto
- Terminsgebühr (wenn mündliche Anhörung): ca. 1.459 EUR netto
- **Zwischensumme:** ca. 3.058 EUR netto + MwSt

Normenkontrolle OVG (OVG 2 A 18.26)

- 1,3-Verfahrensgebühr bei Streitwert 30.000 EUR: ca. 1.139 EUR netto
- Terminsgebühr: ca. 1.054 EUR netto
- **Zwischensumme:** ca. 2.193 EUR netto + MwSt

Sachverständigenkosten (extern)

- Gegengutachten Schall (Riedering): 8.000 EUR netto
- Gegengutachten Artenschutz (Prof. Krüger): 7.200 EUR netto (BI-Anteil 60 % = 4.320 EUR)
- Ornithologisches Monitoring Rotmilan: 3.600 EUR netto

Gesamtbudget (Schätzung): ca. 35.000–40.000 EUR inkl. MwSt.

V. Kostenrisiko

Im Unterliegen-Falle trägt die BI (anteilig) die Gerichts- und Anwaltskosten der Gegenseite. Bei 3 Beteiligten auf Beklagtenseite (LfU, Vorhabenträgerin, ggf. weitere Beigeladene) kann das Kostenrisiko bei Unterliegen auf ca. 25.000–35.000 EUR steigen. Prozesskostenversicherung der BI: nicht vorhanden. Eigenkapital BI: 28.000 EUR (Jahresabschluss 2025). Mitglieder wurden über Kostenrisiko informiert (Mitgliederversammlung 21.03.2026).

Erstellt: 10.04.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Datei: 17-salami-taktik-50hertz.md

17 – Verfahrensrüge: Salami-Taktik und 50Hertz-Planfeststellungsverfahren

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

Datum: 07.04.2026

Verfahren: 4 K 218/26 (VG Potsdam)

I. Sachverhalt: Paralleles Planfeststellungsverfahren

Die Bundesnetzagentur führt unter dem Aktenzeichen BNetzA-PFV-2024-UPL das Planfeststellungsverfahren für die 380-kV-Höchstspannungsleitung „Uckermark-Pommern-Leitung“ (UPL)

der 50Hertz Transmission GmbH durch. Die Trasse ist im Bedarfsplan nach dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) verankert (Vorhaben Nr. 24, BBPIG 2024). Sie ist als Freileitung geplant und soll auf einer Länge von ca. 78 km von Uckermark (bei Templin) über die polnische Grenze nach Stettin verlaufen.

Die Trasse verläuft **2,3 km östlich** des Windpark-Standorts „Templiner Heide West“ und kreuzt die Schallausbreitungskorridore der WEA 04 und WEA 05. Nach Auskunft der Bundesnetzagentur (Planungsunterlage UPL, Abschnitt 3.4) ist die Leitung erforderlich, um den Windstrom aus dem Ausbaubiet Uckermark in das europäische Verbundnetz einzuspeisen – einschließlich des Windparks „Templiner Heide West“.

II. Rechtliche Problemstellung: Aufspaltung eines einheitlichen Vorhabens

Das Prinzip der Bewertung aller Umweltauswirkungen in einem einheitlichen Verfahren folgt aus Art. 4 UVP-Richtlinie 2011/92/EU und § 14 UVPG (Umweltverträglichkeitsprüfung bei kumulierenden Vorhaben). Wenn zwei oder mehr Vorhaben zusammen erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, ist eine kumulative UVP durchzuführen.

Das OVG Berlin-Brandenburg hat im Urteil vom 14.10.2015 (OVG 11 A 4.13) entschieden:

> „Werden mehrere Vorhaben, die in einem engen räumlichen und funktionalen Zusammenhang stehen, formal getrennt beplant und genehmigt, ohne dass die kumulativen Auswirkungen in einem einheitlichen Verfahren beurteilt werden, liegt eine unzulässige Vorhaben-Aufspaltung („Salamitaktik“) vor.“

Anwendung auf den vorliegenden Fall

1. **Räumlicher Zusammenhang:** Windpark und Leitung liegen in demselben Landschaftsraum (Uckermark-Schorfheide), Abstand 2,3 km.
2. **Funktionaler Zusammenhang:** Die UPL wird nach eigener Auskunft der 50Hertz (Planungsunterlage, S. 14) auch zur Einspeisung des Windparks „Templiner Heide West“ benötigt. Ohne die Leitung wäre der Windpark nicht wirtschaftlich betreibbar (kein ausreichender Netzanschlusspunkt).
3. **Fehlen einer kumulativen UVP:** Im Genehmigungsverfahren des LfU (Az.: 40.2-LfU-7204-22/26) wurde die Leitung nicht als kumulierendes Vorhaben berücksichtigt. Der UVP-Bericht der Vorhabenträgerin enthält keine Aussagen zu den kombinierten visuellen und elektromagnetischen Auswirkungen von Windpark + Hochspannungsleitung.

III. Rechtliche Konsequenz

Der Verstoß gegen § 14 UVPG und Art. 4 UVP-Richtlinie begründet die **Rechtswidrigkeit des Genehmigungsbescheids** (fehlerhafter UVP-Bericht), soweit die kumulativen Auswirkungen der Vorhaben nicht bewertet wurden.

Ein etwaiger Heilungsanspruch der Behörde (§ 45 VwVfG) scheidet aus, da der Fehler nicht durch nachträgliche Verfahrenshandlungen geheilt werden kann (BVerwG, Urt. v. 03.05.2011, 7 C 4.10).

Erstellt: 07.04.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Quellen: OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 14.10.2015, OVG 11 A 4.13 (openjur.de); § 14 UVPG; BVerwG, Urt. v. 03.05.2011, 7 C 4.10 (dejure.org)

Datei: 18-klageerhebung-fristennotiz.md

18 – Fristen- und Klageerhebungsnotiz

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

Datum: 10.04.2026

Verfahren: 4 K 218/26 / 4 L 89/26 / OVG 2 A 18.26

I. Berechnung der Klagefrist (4 K 218/26)

- Genehmigungsbescheid LfU datiert: **14.03.2026**
- Zustellung an Mandantin (Dr. Maashardt): **16.03.2026** (Empfangsbekenntnis)
- Zustellung an BI (durch Veröffentlichung im Amtsblatt für Brandenburg): **20.03.2026**
- Klagefrist gem. § 74 Abs. 1 S. 1 VwGO: **1 Monat** ab Bekanntgabe
- Fristende (für Dr. Maashardt): **16.04.2026**
- Fristende (für BI nach Amtsblatt): **20.04.2026**
- **Maßgebliches Fristende:** 16.04.2026 (früheste Frist)

Klagefrist läuft ab: Mittwoch, 16.04.2026, 24:00 Uhr

II. Eilantrag (4 L 89/26)

- Kein gesondertes Fristerfordernis für Eilantrag gem. § 80 Abs. 5 VwGO
- **Empfehlung:** Gemeinsame Einreichung mit Klage am 16.04.2026 (Dringlichkeit aufgrund geplantem Baubeginn 01.05.2026)

III. Normenkontrollantrag OVG (OVG 2 A 18.26)

- Publikation Sachlicher Teilplan Windenergie RPL UB: **15.06.2023**
- Gesetzliche Antragsfrist § 47 Abs. 2 S. 1 VwGO: **1 Jahr**
- Reguläres Fristende: **15.06.2024** (abgelaufen!)
- **Argumentation für zulässige Verspätung:** s. Aktenstück 06, Abschnitt II.3
- **Antrag dennoch schnellstmöglich einreichen:** bis **15.04.2026**

IV. Wiedervorlage und Terminkalender

Datum	Maßnahme	Erledigungsstatus
15.04.2026	Normenkontrollantrag OVG einreichen	■
16.04.2026	Klageerhebung VG Potsdam (4 K 218/26)	■
16.04.2026	Eilantrag VG Potsdam (4 L 89/26)	■
25.04.2026	Gegengutachten Schall erwartet (Riedering)	■

Datum	Maßnahme	Erledigungsstatus
30.04.2026	Vorläufige Stellungnahme Prof. Krüger (Rotmilan)	■
05.05.2026	Antwort LfU auf IFG-Antrag erwartet	■
20.04.2026	Folgeabstimmung 50Hertz mit NABU	■

Erstellt: 10.04.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Datei: 19-gegengutachten-artenschutz-beauftragung.md

19 – Beauftragung ornithologisches Gegengutachten (Rotmilan)

Von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

An: Prof. Dr. Elisabeth Krüger, Universität Potsdam, Fachgruppe Tierökologie und Naturschutzbiologie, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Datum: 05.04.2026

Betr.: Beauftragung Gegengutachten zum Artenschutz (Rotmilan) im Verfahren 4 K 218/26 / 4 L 89/26 VG Potsdam

Beauftragung

Sehr geehrte Frau Professor Krüger,

ich vertrete die Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“ sowie Frau Dr. Hiltrud Maashardt und Herrn Tobias Brüggemann im o. g. Verfahren gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für den Windpark „Templiner Heide West“ (LfU, Az.: 40.2-LfU-7204-22/26).

Prüfauftrag

Ich beauftrage Sie mit der Erstellung eines **ornithologischen Fachgutachtens** zur artenschutzrechtlichen Prüfung des Büros NaturaConsult Eberswalde (Bericht-Nr. NC-WTH-2022). Im Einzelnen:

- 1. Bewertung der saP-Kartierungsintensität:** Entspricht der Kartierungsaufwand (12 Begehungen, ein Erfassungsjahr 2022) den MLUK-Hinweisen 2022 und dem aktuellen wissenschaftlichen Standard?
- 2. Horst-Bewertung:** Auf Basis der von NABU überlassenen Kartierungsdaten 2021–2024: Ist der Horst bei 53°07'12" N, 13°22'34" O tatsächlich als aktiv besetzt zu klassifizieren? Welcher Abstand besteht zu WEA 03 (Koordinaten: 53°06'41" N, 13°22'08" O) und fällt dieser in den Tabu-Bereich nach MLUK-Hinweisen 2022?
- 3. Raumnutzungsanalyse:** Durchführung einer eigenen Raumnutzungsanalyse (5 Geländebegehungen zwischen 05.04. und 25.04.2026, je 4–5 Stunden) zur Feststellung der Raumnutzung des Rotmilanpaares im Horstumfeld.
- 4. Schlagopfer-Wahrscheinlichkeit:** Bewertung des Kollisionsrisikos nach den Methoden Hötter et al. (2004, aktualisiert 2013) und dem MLUK-Schlagrisikomodell 2022.

5. Mögliche Vermeidungsmaßnahmen: Könnte durch technische Schutzmaßnahmen (Kamerasystem mit automatischer Abschaltung, Bewirtschaftungsänderung) ein zulässiger Betrieb von WEA 03 ermöglicht werden?

Zeitplan und Honorar

- Vorabstellungnahme (2–3 Seiten, Kernaussagen): bis **30.04.2026**
- Vollgutachten: bis **15.05.2026**
- Honorar: 12.000 EUR netto (anteilig: BI Lebenswerte Uckermark e.V. 60 % = 7.200 EUR, NABU-Kreisgruppe Uckermark 40 % = 4.800 EUR)
- Zahlungskonditionen: 30 % Vorschuss bei Auftragserteilung, 70 % nach Ablieferung des Gutachtens

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Korbinian Maaßmann

Erstellt: 05.04.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

Datei: 20-gericht-anfrage-akteneinsicht.md

20 – Anfrage an VG Potsdam: Akteneinsicht Gerichtsakte

Von: RA Dr. Korbinian Maaßmann, Kanzlei Maaßmann Umwelt- und Energierecht, Stadtkanal 19, 14467 Potsdam

An: Verwaltungsgericht Potsdam, Dezernat 4 (Pressierungs- und Umweltrecht), Friedrich-Ebert-Straße 32, 14469 Potsdam

Datum: 20.04.2026

Betr.: Akteneinsicht nach Klageerhebung, Az.: 4 K 218/26, 4 L 89/26

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich vertrete die Kläger im oben bezeichneten Verfahren. Die Klage (4 K 218/26) und der Eilantrag (4 L 89/26) wurden am 16.04.2026 per Fax und postalisch eingereicht.

Ich bitte um:

1. **Bestätigung des Eingangs** der Klageschrift und des Eilantrags sowie der Zuweisung des Aktenzeichens,
2. **Akteneinsicht** in die Gerichtsakte nach Eingang der Behördenakte vom LfU (Antragsstellung nach § 99 VwGO folgt gesondert, falls Behörde Sperrvermerk erklärt),
3. **Mitteilung des voraussichtlichen Termins** für die Entscheidung im Eilverfahren (4 L 89/26),
4. **Mitteilung**, ob eine mündliche Anhörung im Eilverfahren geplant ist.

Ich weise darauf hin, dass im Eilverfahren **besondere Dringlichkeit** besteht: Nach Auskunft der Vorhabenträgerin ist der Baubeginn für den 01.05.2026 geplant. Eine einstweilige Anordnung gegen Baumfällmaßnahmen im Bereich des Rotmilan-Horstes (§ 123 VwGO, gesondert eingereicht als 4 L 91/26) wurde ebenfalls beim Gericht beantragt.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Korbinian Maaßmann Rechtsanwalt / Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Erstellt: 20.04.2026 | Akte: WUE-2026/047

Datei: 21-vorhabentraegerin-schreiben.md

21 – Schreiben an Vorhabenträgerin: Verhandlungsangebot

Von: RA Dr. Korbinian Maaßmann, Kanzlei Maaßmann Umwelt- und Energierecht, Stadtkanal 19, 14467 Potsdam

An: WindEnergie Uckermark GmbH & Co. KG, z.Hd. Geschäftsführer Dr. Lars Thünemann, Greifswalder Straße 212, 10405 Berlin

Datum: 22.04.2026

Betr.: 4 K 218/26 / 4 L 89/26 – Außergerichtliche Einigung

Sehr geehrter Herr Dr. Thünemann,

ich vertrete die Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“, Frau Dr. Hiltrud Maashardt und Herrn Tobias Brüggemann in den oben genannten verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Meine Mandantschaft ist grundsätzlich bereit, die Möglichkeiten einer außergerichtlichen Einigung zu sondieren. Folgende Punkte wären Grundlage einer solchen Lösung:

Mindestanforderungen meiner Mandantin

1. **WEA 03:** Verlagerung des Standorts um mindestens 150 m in Richtung Nordwest (außerhalb des Rotmilan-Tabubereichs von 500 m) oder alternativ Verzicht auf WEA 03,
2. **Schallschutz:** Auflage zum emissionsreduzierten Betriebsmodus (Modus M1) für alle WEA in den Nachtstunden 22:00–06:00 Uhr,
3. **Schattenwurf:** Verbindliche Abschaltverpflichtung bei Überschreitung von 30 min/d und 30 h/a (tatsächliche Beschattung IO-05),
4. **Repowering:** Verbindliche Rückbauverpflichtung der 7 Altanlagen (ENERCON E-66) innerhalb von 12 Monaten nach Inbetriebnahme der neuen WEA, gesichert durch Bankbürgschaft,
5. **Kostenregelung:** Übernahme der außergerichtlichen Rechtsanwaltskosten meiner Mandantin in Höhe von pauschal 15.000 EUR zzgl. MwSt.

Ich weise darauf hin, dass bei einer gerichtlichen Entscheidung zugunsten meiner Mandantin auch die Kosten der Sachverständigengutachten (geschätzt 20.000 EUR) erstattungsfähig sein werden.

Ich bitte um Rückmeldung bis **05.05.2026**.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Korbinian Maaßmann

Erstellt: 22.04.2026 | Akte: WUE-2026/047

22 – Verfahrenschronologie und Aktenübersicht

Erstellt von: RA Dr. Korbinian Maaßmann

Stand: 25.04.2026

Verfahren: 4 K 218/26 / 4 L 89/26 / OVG 2 A 18.26

I. Verfahrenschronologie

Datum	Ereignis	Dokument/AZ
01.01.2021	Antragstellung LfU durch Vorhabenträgerin	LfU-Az. 40.2-LfU-7204-22/26
15.06.2023	Bekanntmachung Sachlicher Teilplan Windenergie RPL UB	Amtsblatt Brandenburg 23/2023
12.11.2024	Einwendungsschreiben BI Lebenswerte Uckermark e.V. im Genehmigungsverfahren	–
14.03.2026	Erteilung Genehmigungsbescheid LfU	Az. 40.2-LfU-7204-22/26
16.03.2026	Zustellung Bescheid an Dr. Maashardt	–
17.03.2026	Erstkontakt BI bei Kanzlei Maaßmann	Aktenstück 01
18.03.2026	Mandatsübernahme, Vollmacht	Aktenstück 01
19.03.2026	Akteneinsichtsantrag LfU	Aktenstück 02
20.03.2026	Rotmilan-Horst-Fund durch NABU (Dr. Stickelberger)	Aktenstück 05
22.03.2026	Klagebefugnis-Memorandum	Aktenstück 03
24.03.2026	Akteneinsicht LfU	Aktenstück 12
25.03.2026	IFG-Antrag Berechnungsgrundlagen	Aktenstück 13
25.03.2026	Schallgutachten-Analyse	Aktenstück 04
26.03.2026	Artenschutz-Rüge Rotmilan	Aktenstück 05
27.03.2026	Abstimmung NABU	Aktenstück 14
28.03.2026	Normenkontrolle-Vorbereitung	Aktenstück 06
30.03.2026	Klimaklage-Memorandum	Aktenstück 07
01.04.2026	Eilantrag-Vorbereitung	Aktenstück 08
02.04.2026	Drittanfechtung Rechtslage	Aktenstück 15

Datum	Ereignis	Dokument/AZ
05.04.2026	Repowering-Rüge	Aktenstück 10
05.04.2026	Beauftragung Prof. Krüger (Artenschutz)	Aktenstück 19
07.04.2026	Salami-Taktik-Rüge	Aktenstück 17
08.04.2026	Gutachterbeauftragung Riedering (Schall)	Aktenstück 11
10.04.2026	Streitwert-Kostennotiz	Aktenstück 16
10.04.2026	Fristen-Notiz	Aktenstück 18
15.04.2026	Normenkontrollantrag OVG eingereicht	OVG 2 A 18.26
16.04.2026	Klageerhebung VG Potsdam	4 K 218/26
16.04.2026	Eilantrag VG Potsdam	4 L 89/26
20.04.2026	Anfrage VG Potsdam	Aktenstück 20
22.04.2026	Verhandlungsangebot Vorhabenträgerin	Aktenstück 21
25.04.2026	Gegengutachten Schall erwartet (Riedering)	in Erwartung

II. Aktenstücke-Verzeichnis

Nr.	Titel	Datum
01	Mandatsübernahme und Vollmacht	18.03.2026
02	Akteneinsichtsantrag LfU	19.03.2026
03	Klagebefugnis-Analyse	22.03.2026
04	Schallgutachten-Kritik	25.03.2026
05	Artenschutz Rotmilan-Rüge	26.03.2026
06	Normenkontrolle-Vorbereitung	28.03.2026
07	Klimaklage-Verschränkung	30.03.2026
08	Eilantrag § 80 Abs. 5 VwGO Vorbereitung	01.04.2026
09	Formrüge Sofortvollzug	16.04.2026
10	Repowering-Rüge	05.04.2026
11	Gutachterbeauftragung Schall (Riedering)	08.04.2026
12	Akteneinsicht LfU – Ergebnisprotokoll	24.03.2026
13	IFG-Antrag Berechnungsgrundlagen	25.03.2026

Nr.	Titel	Datum
14	NABU-Abstimmungsprotokoll	27.03.2026
15	Drittanfechtung Umwelt Rechtslage	02.04.2026
16	Streitwert und Kostennotiz	10.04.2026
17	Salami-Taktik 50Hertz	07.04.2026
18	Fristen- und Klageerhebungsnotiz	10.04.2026
19	Gutachterbeauftragung Artenschutz (Prof. Krüger)	05.04.2026
20	VG Potsdam Anfrage	20.04.2026
21	Verhandlungsangebot Vorhabenträgerin	22.04.2026
22	Verfahrenschronologie	25.04.2026

III. Offene Punkte

- [] Gegengutachten Schall (Riedering) erwartet bis 25.04.2026
- [] Vorabstellunghnahme Prof. Krüger erwartet bis 30.04.2026
- [] Antwort LfU auf IFG-Antrag erwartet bis 15.04.2026 (überfällig)
- [] Antwort Vorhabenträgerin auf Verhandlungsangebot erwartet bis 05.05.2026
- [] Beschluss VG Potsdam Eilantrag (4 L 89/26) offen
- [] Zugang Normenkontrollantrag OVG bestätigen

Erstellt: 25.04.2026 | Bearbeiter: RA Dr. K. Maaßmann | Akte: WUE-2026/047

E-Mails

Datei: eml/01-maashardt-an-maaßmann-erstanfrage.eml

Von	"Dr. Hiltrud Maashardt" <h.maashardt@web.de>
An	Kanzlei Maaßmann <kanzlei@maassmann-recht.de>
Datum	Tue, 17 Mar 2026 09:14:32 +0100
Betreff	Dringende Anfrage: Windpark Genehmigung Templin - was können wir tun?

Sehr geehrter Herr Dr. Maaßmann,

ich wurde von einem Kollegen, Herrn Dr. Ralf Stickelberger (NABU), auf Ihre Kanzlei hingewiesen. Ich bin Vorsitzende der Bürgerinitiative "Lebenswerte Uckermark e.V." und wende mich in einer äußerst dringenden Angelegenheit an Sie.

Seit gestern wissen wir, dass das Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU) am 14.03.2026 die Genehmigung für den Windpark "Templiner Heide West" erteilt hat. Es sollen 5 Windräder mit je 246 m Höhe gebaut werden - das größte steht direkt vor meiner Haustür, nur 412 m entfernt!

Wir haben über zwei Jahre lang Einwendungen eingereicht, Unterschriften gesammelt und auf die Probleme hingewiesen. Und jetzt, ohne Erörterungstermin, einfach genehmigt.

Konkrete Probleme, die wir sehen:

- Das Schallgutachten scheint falsche Zahlen zu verwenden (wir haben einen Akustikingenieur gefragt, der meint, die Werte seien zu niedrig)
- Es gibt einen Rotmilan-Horst ganz in der Nähe von WEA Nr. 3, den das Büro offenbar übersehen hat
- Keine ordentliche Bürgerbeteiligung ohne Erörterungstermin

Mein Haus liegt im Lärmkorridor. Ich bin Rentnerin, Tierärztin, und ich schlafe bereits jetzt schlecht. Mit einem brummenden 246-m-Koloss vor dem Fenster werde ich das gar nicht mehr.

Wir haben 247 Mitglieder im Verein. Viele davon sind ebenfalls direkt betroffen.

Können Sie uns helfen? Ist noch etwas zu machen? Wie lange haben wir Zeit?

Ich bitte um baldige Rückmeldung - am besten telefonisch: 03987-12345 (Telefonzeit: Montag-Freitag 10-18 Uhr).

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Hiltrud Maashardt
Vorsitzende, Bürgerinitiative "Lebenswerte Uckermark e.V."
Schorfheidestraße 7
17268 Templin
Tel.: 03987-12345

Datei: eml/02-maaßmann-mandatsbestaetigung.eml

Von	Kanzlei Maaßmann Umwelt- und Energierecht <kanzlei@maassmann-recht.de>
An	"Dr. Hiltrud Maashardt" <h.maashardt@web.de>
Datum	Wed, 18 Mar 2026 15:44:17 +0100
Betreff	Mandatsübernahme - Windpark Templiner Heide West - Ihre Anfrage vom 17.03.2026

Sehr geehrte Frau Dr. Maashardt,
sehr geehrter Herr Brüggemann,

vielen Dank für Ihr Vertrauen und das gestrige ausführliche Telefonat (ca. 60 Minuten). Ich bestätige hiermit die Übernahme des Mandats für die Bürgerinitiative "Lebenswerte Uckermark e.V." sowie für Sie persönlich (Dr. Maashardt und Brüggemann) in den folgenden Verfahren:

1. Anfechtungsklage gegen den LfU-Genehmigungsbescheid Az.: 40.2-LfU-7204-22/26 (geplantes Aktenzeichen VG Potsdam: 4 K 218/26)
2. Eilantrag § 80 Abs. 5 VwGO auf Wiederherstellung aufschiebende Wirkung (geplantes Aktenzeichen VG Potsdam: 4 L 89/26)
3. Normenkontrollantrag gegen den Regionalplan Uckermark-Barnim (geplantes Aktenzeichen OVG Berlin-Brandenburg: OVG 2 A 18.26)

DRINGEND - BITTE SOFORT BEACHTEN:

Die Klagefrist läuft am 16.04.2026 ab. Das ist in knapp einem Monat. Bitte unterzeichnen Sie die beigefügte Vollmacht (Anlage: Vollmacht.pdf) und senden Sie sie uns per Post ODER Scan per E-Mail zurück.

Für das Eilverfahren ist Zeitdruck entscheidend: Ich habe erfahren, dass der geplante Baubeginn für den 01.05.2026 vorgesehen ist. Das bedeutet, wir müssen spätestens am 16.04.2026 vor Gericht sein.

KOSTENTRASPARENZ:

Ich bin verpflichtet, Sie über die Kosten zu informieren:

- Vorschuss gem. § 9 RVG: 3.000 EUR netto (bitte bis 25.03.2026 überweisen)
- Gesamtkosten (Schätzung alle Verfahren): 35.000-40.000 EUR inkl. MwSt
- Kostenrisiko bei Unterliegen: ca. 25.000-35.000 EUR (Gegenpartei)

Prozesskostenversicherung vorhanden? Bitte prüfen.

ALS NÄCHSTES:

- Vollmacht unterzeichnen und zurücksenden (bis 20.03.2026)
- Termin Akteneinsicht LfU: ich beantrage für nächste Woche
- Gegengutachten Schall: ich habe bereits Dipl.-Ing. Riedering angefragt

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Korbinian Maaßmann
Rechtsanwalt | Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Kanzlei Maaßmann Umwelt- und Energierecht
Stadtkanal 19 | 14467 Potsdam
Tel.: 0331-976540 | Fax: 0331-9765420
kanzlei@maassmann-recht.de

ANLAGE: Vollmacht_Maashardt_Brueeggemann_WUE-2026-047.pdf (nicht beigefügt in dieser Demo-Akte)

Von	Landesamt fuer Umwelt Brandenburg <lfu.potsdam@lfu.brandenburg.de>
An	Kanzlei Maaßmann <kanzlei@maassmann-recht.de>
Datum	Sat, 21 Mar 2026 11:22:09 +0100
Betreff	Re: Akteneinsicht gem. § 29 VwVfG - Az. 40.2-LfU-7204-22/26 - Windpark Templiner Heide West

Sehr geehrter Herr Dr. Maaßmann,

Ihr Akteneinsichtsantrag vom 19.03.2026 ist am 19.03.2026 hier eingegangen.

Wir bestätigen Ihnen hiermit:

1. Die Antragsbefugnis Ihrer Mandantschaft (BI Lebenswerte Uckermark e.V. als anerkannte Umweltvereinigung, Dr. Maashardt und Herr Brüggemann als beteiligte Nachbarn) ist anerkannt.

2. Wir gewähren Ihnen Akteneinsicht am:

Dienstag, 24.03.2026, 09:00-13:00 Uhr

Landesamt für Umwelt Brandenburg

Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke

Zimmer 3.14 (III. OG, Gebäude Nord)

Ansprechpartner: Ref. Tobias Wagner, Tel.: 0331-8978-3241

3. Folgende Unterlagen können eingesehen werden:

- Ordner 1-4 (Antragsunterlagen, Gutachten, Behördenstellungennahmen)
- Öffentlichkeitsbeteiligung (Einwendungsverzeichnis)

Nicht eingesehen werden können (§ 8 Abs. 1 Nr. 3 AIG BB - Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Vorhabenträgerin):

- Softwareeingabedateien (Berechnungsprotokolle WindPRO)
- Interne Korrespondenz (§ 29 Abs. 2 VwVfG)
- Ordner 5-7 (Duplikate und Verwaltungsinterna)

4. Kopiergebühren: 0,15 EUR/Seite (DIN A4), 0,50 EUR/Seite (A3).

Bitte bringen Sie einen USB-Stick mit, falls Sie Scans benötigen (kostenfrei bis 200 Seiten).

Wir bitten um Bestätigung Ihres Erscheinens bis 23.03.2026.

Mit freundlichen Grüßen

Tobias Wagner

Referent - Genehmigungsverfahren Windenergie

Referat 40 - Immissionsschutz

Landesamt für Umwelt Brandenburg

Tel.: 0331-8978-3241

lfu.potsdam@lfu.brandenburg.de

Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU)

Seeburger Chaussee 2

14476 Potsdam OT Groß Glienicke

[Dieser E-Mail ist keine Rechtsberatung. Bei Rückfragen wenden Sie sich an die Rechtsabteilung des MLUK Brandenburg.]

Datei: eml/04-nabu-kartierungsdaten-übermittlung.eml

Von	"Dr. Ralf Stickelberger" <r.stickelberger@nabu-uckermark.de>
An	Kanzlei Maaßmann <kanzlei@maassmann-recht.de>
Datum	Sun, 29 Mar 2026 18:07:55 +0100
Betreff	NABU-Kartierungsdaten Rotmilan 2021-2024 - Windpark Templiner Heide West

Sehr geehrter Herr Dr. Maaßmann,

wie in unserem Abstimmungsgespräch am 27.03.2026 vereinbart, übersende ich Ihnen die NABU-Kartierungsdaten zum Rotmilan im Bereich der geplanten Windpark-Vorrangzone "Templiner Heide" (Planzeichen WEA-VRG-07).

ZUSAMMENFASSUNG DER KARTIERUNGSERGEBNISSE:

Jahr 2021 (Brutvogelkartierung, Bearbeiter: Dipl.-Biol. Fehrenbach):

- Reviernachweis Rotmilan: 2 Reviere im Radius 2 km
- Horst-Fund: KEIN Horst im Bereich 53°07'12"N, 13°22'34"O (Bereich Waldstück nordöstlich Templin) - Horst offenbar 2021 noch nicht besetzt oder noch nicht entstanden

Jahr 2022 (Erfassungsjahr laut saP NaturaConsult):

- NABU-Routinebegehungen: 4 Termine (nicht systematisch)
- KEIN Horst-Nachweis dokumentiert

[!] Dies ist kein Beleg, dass der Horst 2022 nicht existierte - wir haben in diesem Jahr keine systematische Horstsuche durchgeführt!

Jahr 2023:

- Systematische Horstsuche im März 2023 (5 Begehungen)
- Horst bei 53°07'12"N, 13°22'34"O: ERSTMALS POSITIV
Horst in ca. 18 m Höhe (Buche), unbesetzt, aber frisches Material (möglicherweise Neubau oder Wiederbelegung)

Jahr 2024:

- Horst bei 53°07'12"N, 13°22'34"O: BESETZT, BRUTPAAR
Mindestens 1 Jungvogel beobachtet (12.06.2024)
Brutprotokoll liegt vor (15 Begehungen, März-August 2024)

Jahr 2026 (aktuelle Beobachtung 20.03.2026):

- Brutpaar im Horst, wahrscheinlich Brutbeginn
Beobachtungszeit: ca. 45 min, 10:20-11:05 Uhr
Windverhältnisse: ruhig, Sicht: gut
Beobachter: Dr. Stickelberger + Frau Dipl.-Biol. Fehrenbach

ENTFERNUNG WEA 03:

Ich habe die Koordinaten des Horstes (53°07'12"N, 13°22'34"O) und des geplanten Standorts WEA 03 (53°06'41"N, 13°22'08"O) in Google Earth gemessen: ca. 375-395 m (je nach Messpunkt). Bitte lassen Sie das von einem Vermesser bestätigen - für Gericht sollten wir exakte Angaben haben.

SCHLUSSFOLGERUNG (meine fachliche Einschätzung):

Der Horst ist seit mindestens 2023 bekannt und 2024 wie 2026 besetzt. Das NaturaConsult-Gutachten (Erfassungsjahr 2022) hat ihn nicht gefasst, vermutlich weil 2022 keine systematische Horstsuche in diesem Waldstück

erfolgte. Das Ergebnis - Tabuzone unterschritten - ist nach meiner Einschätzung als Diplombiologe und langjährigem NABU-Aktiven fachlich nicht haltbar.

Ich bin bereit, als Zeuge auszusagen. Bitte stimmen Sie mit mir ab, wie wir vorgehen sollen.

Im Anhang sende ich (Anmerkung: in dieser Demo-Akte simuliert):

- NABU_Brutvogelkartierung_2021_Uckermark.pdf
- NABU_Horstbuch_2023_Rotmilan_THW.pdf
- NABU_Brutprotokoll_2024_Rotmilan_Templin.pdf
- Koordinaten_Horst_WEA03.kml (Google Earth Datei)

Mit ornithologischem Gruß,

Dr. Ralf Stickelberger
Vorsitzender NABU-Kreisgruppe Uckermark
Joachimstraße 12, 17291 Prenzlau
Tel.: 03984-71234
Mobil: 0176-12345678
r.stickelberger@nabu-uckermark.de

Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
Kreisgruppe Uckermark
Amtsgericht Prenzlau VR 234

P.S.: Dr. Maashardt, schön dass wir Freitag noch kurz telefoniert haben.
Der Infoabend am 15.04. - ich komme! Bitte ca. 30 min für einen Vortrag einplanen, ich kann die Karte und Fotos zeigen. - Ralf

Excel-Tabellen

Datei: xlsx/immissionsprognose-wertetabelle.xlsx

Tabellenblatt: Immissionsprognose dB(A)

	Schallimmissionsprognose – Windpark „Templiner Heide West“												
	Beurteilungsspiegel [dB(A)] nach TA Lärm/LAI-Hinweise 2022 Genehmigungsverfahren LfU Az.: 4 0.2-LfU-720 4-22/26												
	IO-Nr.	Immissionsort (Standort)	Abstand WEA 01 [m]	Abstand WEA 02 [m]	Abstand WEA 03 [m]	Abstand WEA 04 [m]	Abstand WEA 05 [m]	Prognose Tag [dB(A)]	Prognose Nacht [dB(A)]	Richtwert Tag [dB(A)]	Richtwert Nacht [dB(A)]	Bewertung Tag	Bewertung Nacht
	IO-01	Berliner Chaussee 4 (Wohnhaus Schreiber)	680	820	950	1100	1240	40.2	35.1	55	40	eingehalten ✓	eingehalten ✓

	IO-02	Buche nwald straße 12 (P ensio n Wal dfried en)	540	690	880	960	1050	42.1	36.8	45	35	einge halten ✓	übers chritte n ✗
	IO-03	Templ in-Süd Gewe rbege biet (B äcker ei Me yer)	710	850	1020	1180	1310	38.7	33.4	65	50	einge halten ✓	einge halten ✓
	IO-04	Scheit erhag en 8 (Wohn haus Köhler)	490	580	720	850	970	43.8	38.2	55	40	einge halten ✓	einge halten ✓
	IO-05	Schorf heide straße 7 (Dr. Maas hardt) [KLÄ GER]	820	620	412	710	890	46.1	41.3	55	40	einge halten ✓	übers chritte n ✗
	IO-06	Schorf heide straße 14 (W ohnha us Pet ersen)	850	640	440	730	910	45.3	40.4	55	40	einge halten ✓	übers chritte n ✗
	IO-07	Natur campi ng Uc kerma rk (So nderg ebiet)	960	780	680	590	520	43.1	37.9	55	45	einge halten ✓	einge halten ✓
	IO-08	Forsth auswe g 3 (F orstbe trieb)	1100	990	880	760	640	39.4	34.1	70	55	einge halten ✓	einge halten ✓

	IO-09	Buchenhain 3 (Brüggemann GbR) [KLÄGER]	1080	930	730	680	720	45.2	40.1	55	40	eingehalten ✓	überschritten ✗
	IO-10	Templiner Str.42 (Wohnhaus Schulze)	1240	1090	980	870	760	37.8	32.6	55	40	eingehalten ✓	eingehalten ✓
	IO-11	Naturschutzgebiet Uckermark-Schorfheide	1380	1200	1080	950	820	36.2	31	-	-		
	IO-12	Dorfkirche Templin-Süd (Kulturdenkmal)	790	680	560	740	870	40.8	35.5	55	40	eingehalten ✓	eingehalten ✓

■ Hinweis: Werte nach AkustikConsult-Gutachten AC-2023-0741-Rev.3 (Vorhabenträgerin). Korrigierte Werte nach Gegengutachten Riedering (ausstehend): IO-05 = 42,5 dB(A) nachts (Fehler Schallleistungsspeil +1,5 dB(A)).												
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Richtwerte nach Nr. 6.1 TA Lärm: WA-Gebiet: 55/40 dB(A), MI: 60/45 dB(A), GE: 65/50 dB(A), SO (Camping): 55/45 dB(A), Außenbereich-Wohnnutzung: analog WA													
---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Tabellenblatt: Kumulation Alt+Neu

	Kumulatio nsberechn ung: Windpark Templiner Heide West (5 × N163/6.X) + Ost (7 × E-66)							
	IO-Nr.	Immission sort	Neu-WEA Nacht [dB(A)]	Alt-WEA Nacht [dB(A)]	Kumulatio n Nacht [dB(A)]	Richtwert Nacht [dB(A)]	Differenz [dB(A)]	Bewertung
	IO-01	Berliner Chaussee 4	35.1	28.3	35.8	40	-4.2	eingehalte n ✓
	IO-02	Buchenwal dstraße 12	36.8	30.1	37.4	35	2.4	überschritt en ✗
	IO-04	Scheiterha gen 8	38.2	31.4	38.8	40	-1.2	eingehalte n ✓
	IO-05	Schorfheid estraße 7 (Dr. Maas hardt) [KLÄGER]	41.3	34.7	42.1	40	2.1	überschritt en ✗

	IO-06	Schorfheid estraße 14	40.4	33.9	41.3	40	1.3	überschrit ten ✗
	IO-09	Buchenhai n 3 (Brügg emann) [KLÄGER]	40.1	33.2	40.9	40	0.9	überschrit ten ✗
	IO-10	Templiner Str. 42	32.6	26.8	33.3	40	-6.7	eingehalte n ✓

Datei: xlsx/klagebefugnis-matrix.xlsx

Tabellenblatt: Klagebefugnis-Matrix

	Klageb efugnis -Matrix – Wind park „T empline r Heide West"										
	BI Lebe nswerte Uckerm ark e.V. Verfah ren 4 K 218/26 VG Pot sdam Az. Kan zlei: W UE-202 6/047										
	I. Klage befugni s und V erfahre nsüber sicht – Hauptb eteiligte										
	Kläger/ Antrags teller	Verfahr en	Az.	Klageb efugnis norm	Drittsch utznor m	Abstan d WEA 03 [m]	Grenzw ert Nacht [dB(A)]	Progn osewert [dB(A)]	Übersc hreitun g	Einsch ätzung	Frist
	BI Lebe nswerte Uckerm ark e.V.	Anfecht ungskla ge	4 K 218/26	§ 2 Abs. 1 UmwR G	§ 2 Um wRG	-	-	-	Verban dsklage	✓ sicher	16.04.2 026
	Dr. Hiltrud Maash ardt	Anfecht ungskla ge	4 K 218/26	§ 42 Abs. 2 VwGO	§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BI mSchG	412	40	41.3	+1,3 dB(A)	✓ sicher	16.04.2 026

	Tobias Brügge mann	Anfechtungsklage	4 K 218/26	§ 42 Abs. 2 VwGO	§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG	730	40	40.1	+0,1 dB(A)	✓ sicher	16.04.2026
	BI Lebe nswerte Uckerm ark e.V.	Eilantrag	4 L 89/26	§ 80 Abs. 5 VwGO	§ 2 UmwRG	-	-	-	-	✓ sicher	16.04.2026
	Dr. Hiltrud Maash ardt	Eilantrag	4 L 89/26	§ 80 Abs. 5 VwGO	§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG	412	40	41.3	+1,3 dB(A)	✓ sicher	16.04.2026
	Tobias Brügge mann	Eilantrag	4 L 89/26	§ 80 Abs. 5 VwGO	§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG	730	40	40.1	+0,1 dB(A)	✓ sicher	16.04.2026
	Dr. Hiltrud Maash ardt	Normenkontrolle	OVG 2 A 18.26	§ 47 Abs. 2 VwGO	Art. 14 GG (Eigentum)	412	-	-	-	■ Frist problem!	15.04.2026
	Tobias Brügge mann	Normenkontrolle	OVG 2 A 18.26	§ 47 Abs. 2 VwGO	Art. 14 GG (Eigentum)	730	-	-	-	■ Frist problem!	15.04.2026
	BI Lebe nswerte Uckerm ark e.V.	Normenkontrolle	OVG 2 A 18.26	§ 2 UmwRG, § 47 Abs. 2 VwGO	§ 2 UmwRG	-	-	-	-	✓ prüfen	15.04.2026
	II. Abst andsmatrix be troffene r BI-Mit glieder (Auswahl, n=15 Stichprob e)										
	Mitglied	Wohnort	Abstand WEA 01	Abstand WEA 02	Abstand WEA 03	Abstand WEA 04	Abstand WEA 05	Nächste WEA	Nächster Abstand [m]	Klagebefugnis ?	
	Dr. Hiltrud Maash ardt (Vors.)	Schorfheidestraße 7	820	620	412	710	890	WEA 03	412	✓ Ja (§ 42 Abs. 2 VwGO)	
	Tobias Brügge mann (Stv.)	Buchen hain 3	1080	930	730	680	720	WEA 04	680	✓ Ja (§ 42 Abs. 2 VwGO)	

	Elfriede Schreiber	Berliner Chaussee 4	680	820	950	1100	1240	WEA 01	680	? grenzwertig	
	Hans-Werner Peterse n	Schorfheidestraße 14	850	640	440	730	910	WEA 03	440	✓ Ja	
	Gerda Köhler	Scheit rhagen 8	490	580	720	850	970	WEA 01	490	✓ Ja	
	Klaus Merten s	Am Kief ernwald 7	1240	1080	960	840	720	WEA 05	720	? grenzwertig	
	Brigitte Schulz e	Temp lner Str. 42	1240	1090	980	870	760	WEA 05	760	? grenzwertig	
	Norbert Kraus	Garten straße 3	920	780	680	590	520	WEA 05	520	✓ Ja	
	Ingrid Hoffma n	Waldw eg 15	1380	1200	1080	950	820	WEA 05	820	x Nein (>800m)	
	Dieter Wruck	Dorfrin g 2	1480	1350	1200	1080	960	WEA 05	960	x Nein (>800m)	
	Maria Svensso n	Kastani enallee 8	760	610	530	690	840	WEA 03	530	✓ Ja	
	Andreas Brandt	Lindens tr. 12	840	700	620	540	480	WEA 05	480	✓ Ja	
	Ursula Teske	Am Wald 5	1090	960	850	740	630	WEA 05	630	? grenzwertig	
	Heinrich Groth	Buchen weg 19	950	810	710	640	580	WEA 05	580	✓ Ja	
	Sabine Lüders	Eichen alle 4	1300	1150	1020	900	790	WEA 05	790	? grenzwertig	

✓ = Klagebefugnis sicher gegeben ■ = Klagebefugnis fraglich (Fristprobleme) ✗ = Keine Klagebefugnis als Einzelperson ? = Grenzwertig – Klärung erforderlich										
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Word-Dokumente

Datei: docx/anfechtungsklage-vg-potsdam.docx

VERWALTUNGSGERICHT POTSDAM

Aktenzeichen: 4 K 218/26

KLAGESCHRIFT

der Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“, Prenzlauer Chaussee 14, 17268 Templin, vertreten durch die Vorsitzende Dr. Hiltrud Maashardt, und Tobias Brüggemann (Stellvertreter),

sowie der Dr. Hiltrud Maashardt, Schorfheidestraße 7, 17268 Templin,

und des Tobias Brüggemann, Buchenhain 3, 17268 Templin,

– Kläger –

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Korbinian Maaßmann, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Kanzlei Maaßmann Umwelt- und Energierecht, Stadtkanal 19, 14467 Potsdam

gegen

das Land Brandenburg, vertreten durch das Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU), Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke,

– Beklagter –

Beigeladene: WindEnergie Uckermark GmbH & Co. KG, Greifswalder Straße 212, 10405 Berlin

wegen: Immissionsschutzrechtliche Genehmigung Windpark „Templiner Heide West“

Streitwert: vorläufig 210.000 EUR

ANTRÄGE

Die Kläger beantragen, 1. den Genehmigungsbescheid des Landesamtes für Umwelt Brandenburg vom 14.03.2026 (Az.: 40.2-LfU-7204-22/26) betreffend den Windpark „Templiner Heide West“ (5 WEA Nordex N163/6.X, Gemarkung Templin) aufzuheben; 2. die Hinzuziehung eines Bevollmächtigten für das Vorverfahren für notwendig zu erklären; 3. dem Beklagten und der Beigeladenen die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

SACHVERHALT

I. Das Genehmigungsverfahren

Die Beigeladene, WindEnergie Uckermark GmbH & Co. KG (Tochtergesellschaft der ENERTRAG SE), beantragte beim Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU) mit Schreiben vom 01.01.2021 die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach § 4 Abs. 1 BImSchG i.V.m. der 4. BImSchV (Nr. 1.6.1 des Anhangs) für die Errichtung und den Betrieb von fünf Windenergieanlagen des Typs Nordex N163/6.X mit einer jeweiligen Gesamthöhe von 246 m über Gelände im Bereich „Templiner Heide West“, Gemarkung Templin, Landkreis Uckermark.

Mit Bescheid vom 14.03.2026 (Genehmigungszeichen: 40.2-LfU-7204-22/26) erteilte das LfU die beantragte Genehmigung und ordnete zugleich gem. § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO die sofortige Vollziehung an. Der Bescheid wurde der Klägerin Dr. Maashardt am 16.03.2026 zugestellt.

II. Klägerin Dr. Hiltrud Maashardt (Kl. 2)

Dr. Hiltrud Maashardt, Tierärztin i.R., ist Eigentümerin des Grundstücks Schorfheidestraße 7, 17268 Templin (Fl.-Nr. 44/2, Flur 3, Gemarkung Templin-Süd). Ihr Wohnhaus liegt 412 m vom geplanten Standort WEA 03 (Koordinaten: 53°06'41" N, 13°22'08" O) entfernt. WEA 03 ist die dem Wohnsitz der Klägerin nächstgelegene Anlage. Der Immissionsort IO-05 in der behördlichen Schallprognose entspricht dem Wohnhaus der Klägerin.

KLAGEBEGRÜNDUNG

A. Formelle Rechtswidrigkeit

I. Unzureichende Begründung der Sofortvollzugsanordnung (§ 80 Abs. 3 VwGO)

Die Anordnung des Sofortvollzugs (Abschnitt VII des Bescheids, S. 52 f.) genügt nicht den Anforderungen des § 80 Abs. 3 S. 1 VwGO. Die Begründung erschöpft sich in allgemeinen Klimaschutzabwägungen und enthält keine einzelfallbezogene Abwägung der konkreten Interessen der betroffenen Nachbarn. Nach der ständigen Rechtsprechung des OVG Berlin-Brandenburg (Beschl. v. 23.07.2019, OVG 11 S 8.19) ist eine derartige stereotyp-abstrakte Begründung nicht ausreichend. Die formelle Rechtswidrigkeit der Sofortvollzugsanordnung hat zur Folge, dass die aufschiebende Wirkung der Klage ohne Rücksicht auf die Erfolgsaussichten in der Hauptsache wiederherzustellen ist (vgl. OVG NRW, Beschl. v. 17.02.2022, 8 B 1717/21, NVwZ-RR 2022, 567).

B. Materielle Rechtswidrigkeit

I. Mangelhafte Schallimmissionsprognose (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG i.V.m. TA Lärm)

Die dem Bescheid zugrunde gelegte Schallimmissionsprognose des Büros AkustikConsult GmbH (Bericht-Nr. AC-2023-0741-Rev.3) weist mehrere erhebliche methodische Mängel auf, die zur Unterschätzung der Lärmimmissionen an den Wohngebäuden der Kläger führen: 1. Nichtberücksichtigung der LAI-Hinweise 2022: Die Schallprognose stützt sich methodisch auf die LAI-Hinweise in der Fassung 2005/2017. Die überarbeiteten LAI-Hinweise 2022, die insbesondere neue Anforderungen zur Bewertung des amplitudenmodulierten Schalls bei WEA mit Rotordurchmessern über 130 m enthalten, wurden nicht berücksichtigt. Der Rotordurchmesser der Nordex N163/6.X beträgt 163 m und überschreitet diese Schwelle deutlich. 2. Fehlerhafte Eingangsdaten (Schallleistungspegel): Im Gutachten wird für die Nordex N163/6.X ein Schallleistungspegel von 106,0 dB(A) angesetzt (Gutachten S. 12, Tab. 2). Das Nordex-Typenblatt (Rev. 4, 2022) weist jedoch für den Nennleistungsbetriebsmodus M0 einen garantierten Schallleistungspegel von 107,5 dB(A) aus. Der Eingangsdatenfehler führt zu einer Unterschätzung des Immissionspegels am IO-05 (Klägerin Dr. Maashardt) um ca. 1,2 dB(A). Tatsächlicher Beurteilungspegel IO-05 nachts nach Korrektur: 42,5 dB(A) statt 41,3 dB(A) – Grenzwertüberschreitung um 2,5 dB(A) gegenüber dem WA-Richtwert von 40 dB(A). 3. Fehlende Kumulationsberechnung: Die Schallimmissionen der 7 Bestandsanlagen des Windparks „Templiner Heide Ost“ (ENERCON E-66) werden als Vorbelastung nicht kumuliert berücksichtigt, obwohl dies Nr. 2.4 TA Lärm ausdrücklich verlangt.

II. Fehlerhafte artenschutzrechtliche Prüfung (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP, Büro NaturaConsult Eberswalde, Bericht-Nr. NC-WTH-2022) enthält schwerwiegende Mängel bei der Erfassung des Rotmilans (*Milvus milvus*): Der NABU-Kreisgruppenvorsitzende Dr. Ralf Stickelberger hat am 20.03.2026 einen aktiv besetzten Rotmilan-Horst in einem Waldstück bei 53°07'12" N, 13°22'34" O nachgewiesen. Die Entfernung zum geplanten Standort WEA 03 beträgt 387 m – innerhalb des Tabu-Bereichs von 500 m nach den MLUK-Hinweisen 2022. Dieser Horst ist in der saP nicht erfasst. Damit besteht eine erhebliche Wahrscheinlichkeit, dass der Betrieb von WEA 03 gegen das artenschutzrechtliche Tötungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG verstößt.

III. Unzureichende Schattenwurfprognose (LAI-Orientierungswerte)

Die Schattenwurfprognose weist für WEA 03 und den Immissionsort IO-05 (Dr. Maashardt) 31,7 Stunden jährlicher Beschattungsdauer aus. Eine Überprüfung der Eingabedaten ergab, dass der Rotordurchmesser in der Schattenwurfsoftware mit 151 m statt korrekt 163 m eingegeben wurde. Die fehlerkorrigierte Berechnung ergibt 34,2 h/a – eine Überschreitung des LAI-Orientierungswertes von 30 h/a um 14 %. Die Klägerin ist daher unzumutbaren Schattenwurfbeeinträchtigungen ausgesetzt.

IV. Verstoß gegen kumulierende UVP-Pflicht (§ 14 UVPG)

Das parallel laufende Planfeststellungsverfahren der Bundesnetzagentur für die 380-kV-Höchstspannungsleitung „Uckermark-Pommern-Leitung“ (50Hertz, Az.: BNetzA-PFV-2024-UPL) steht in engem räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit dem vorliegenden Windpark. Die Leitung ist nach eigener Auskunft der 50Hertz (Planungsunterlage, S. 14) auch zur Einspeisung des Windparks „Templiner Heide West“ erforderlich. Eine kumulative UVP gem. § 14 UVPG hat nicht stattgefunden. Dies stellt einen Verstoß gegen Art. 4 der UVP-Richtlinie 2011/92/EU dar.

BEWEISANGEBOTE

Beweis für die vorstehenden Tatsachenbehauptungen wird angeboten durch: 1. Sachverständigengutachten Dipl.-Ing. Klaus Riedering (Schallimmissionen) 2. Sachverständigengutachten Prof. Dr. Elisabeth Krüger (Artenschutz Rotmilan) 3. Zeugenaussage Dr. Ralf Stickelberger (NABU-Kreisgruppe Uckermark, Rotmilan-Horst) 4. Nordex-Technisches Datenblatt N163/6.X Rev. 4 (Urkundenbeweis) 5. NABU-Kartierungsprotokolle 2021–2024 (Urkundenbeweis) 6. Katasterauszug Flurstück 44/2, Flur 3, Gemarkung Templin-Süd (Urkundenbeweis)

Potsdam, 16. April 2026

Dr. Korbinian Maaßmann Rechtsanwalt / Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Quellen: § 4 Abs. 1 BImSchG; § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG; § 14 UVPG; OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.07.2019, OVG 11 S 8.19 (dejure.org); BVerwGE 144, 1 (dejure.org); LAI-Hinweise 2022 (lai-immissionsschutz.de)

Datei: docx/eilantrag-80-abs5-vwgo.docx

VERWALTUNGSGERICHT POTSDAM

Aktenzeichen: 4 L 89/26

ANTRAG

gemäß § 80 Abs. 5 VwGO auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung

der Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“, Prenzlauer Chaussee 14, 17268 Templin, der Dr. Hiltrud Maashardt, Schorfheidestraße 7, 17268 Templin, und des Tobias Brüggemann, Buchenhain 3, 17268 Templin,

– Antragstellerinnen und Antragsteller –

Prozessbevollmächtigter: RA Dr. Korbinian Maaßmann, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Kanzlei Maaßmann Umwelt- und Energierecht, Stadtkanal 19, 14467 Potsdam

gegen

das Land Brandenburg, vertreten durch das LfU Brandenburg, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam

– Antragsgegner –

ANTRÄGE

Die Antragstellerinnen und Antragsteller beantragen, 1. die aufschiebende Wirkung der Klage vom 16.04.2026 (Az.: 4 K 218/26) der Antragstellerinnen und Antragsteller gegen den Genehmigungsbescheid des Landesamtes für Umwelt Brandenburg vom 14.03.2026 (Az.: 40.2-LfU-7204-22/26) wiederherzustellen; 2. hilfsweise, die sofortige Vollziehung des Bescheids auf vorbereitende Maßnahmen (Fundamentarbeiten) zu beschränken und Turm- und Maschinenhaus-Montagen bis zur Entscheidung in der Hauptsache zu untersagen; 3. den Antragsgegner und die Beigeladene als Gesamtschuldner zu verurteilen, die Kosten des Verfahrens zu tragen.

BEGRÜNDUNG

A. Zulässigkeit

Der Eilantrag ist nach § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO statthaft, da der Antragsgegner im Genehmigungsbescheid vom 14.03.2026 (Abschnitt VII, S. 52 f.) die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO angeordnet hat. Die Antragstellerinnen und Antragsteller sind entsprechend ihrer Klagebefugnis im Hauptsacheverfahren (4 K 218/26) antragsbefugt. Der Antrag ist form- und fristgerecht gestellt.

B. Begründetheit

I. Formelle Rechtswidrigkeit der Sofortvollzugsanordnung

Die Anordnung des Sofortvollzugs ist bereits formell rechtswidrig, weil die nach § 80 Abs. 3 S. 1 VwGO erforderliche einzelfallbezogene schriftliche Begründung fehlt. Die im Bescheid enthaltene Begründung (S. 52 f.) beschränkt sich auf abstrakt-generelle Erwägungen zum Klimaschutz und zur Bedeutung erneuerbarer Energien. Nach der ständigen Rechtsprechung des OVG Berlin-Brandenburg (Beschl. v. 23.07.2019, OVG 11 S 8.19; Beschl. v. 23.05.2018, OVG 11 S 23.18) ist eine derartige Begründung nicht ausreichend. Die Behörde hat insbesondere nicht: (1) die konkreten wirtschaftlichen Interessen der Beigeladenen an der sofortigen Vollziehung dargelegt (Bauzeitenplan, Finanzierungsbedingungen), (2) die Interessen der betroffenen Nachbarn, insbesondere der Klägerin Dr. Maashardt in 412 m Abstand zu WEA 03, in die Abwägung einbezogen, (3) begründet, warum ein Baubeginn bis November 2026 für die Klimaschutzziele Brandenburgs zwingend erforderlich ist. Die formelle Rechtswidrigkeit der Sofortvollzugsanordnung hat zur Folge, dass die aufschiebende Wirkung ohne Rücksicht auf die Erfolgsaussichten in der Hauptsache wiederherzustellen ist.

II. Materielle Interessenabwägung

Hilfsweise, für den Fall, dass das Gericht die Sofortvollzugsbegründung als formal ausreichend erachtet, trägt die Antragstellerin zur materiellen Interessenabwägung vor: 1. Erfolgsaussichten der Hauptsache: Die Anfechtungsklage (4 K 218/26) hat nach summarischer Prüfung offene bis überwiegend gute Erfolgsaussichten. Die Schallimmissionsprognose weist methodische Fehler auf (LAI-Hinweise 2022 nicht berücksichtigt, fehlerhafte Eingangsdaten für WEA 03, fehlende Kumulationsberechnung). Der Rotmilan-Horst in 387 m Abstand zu WEA 03 begründet einen Verstoß gegen § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG. 2. Folgenabwägung zugunsten der Antragstellerinnen: Die Errichtung der fünf WEA ist im Wesentlichen irreversibel. Eine nachträgliche Rückabwicklung würde wirtschaftliche Schäden in zweistelliger Millionenhöhe verursachen, die die Beigeladene möglicherweise nicht vollständig ausgleichen kann. Demgegenüber ist der Verzögerungsschaden der Beigeladenen durch die aufschiebende Wirkung überschaubar und durch Bürgschaft absicherbar. Die Antragstellerin Dr. Maashardt würde durch eine ungehinderte Inbetriebnahme der WEA nächtlichem Lärm von prognostiziert 42,5 dB(A) ausgesetzt – nach WHO-Leitlinien 2018 ein Wert, bei dem Schlafstörungen nicht ausgeschlossen werden können. Diese gesundheitliche Beeinträchtigung ist nicht reversibel.

C. Ergebnis

Das Gericht wird gebeten, dem Eilantrag stattzugeben und die aufschiebende Wirkung der Klage 4 K 218/26 gegen den Genehmigungsbescheid des LfU vom 14.03.2026 wiederherzustellen.

Potsdam, 16. April 2026

Dr. Korbinian Maaßmann Rechtsanwalt / Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Quellen: § 80 Abs. 5 VwGO; § 80 Abs. 3 VwGO; OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.07.2019, OVG 11 S 8.19 (openjur.de); § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG; WHO Environmental Noise Guidelines 2018

Datei: docx/normenkontrollantrag-ovg-berlin-brandenburg.docx

OBERVERWALTUNGSGERICHT BERLIN-BRANDENBURG

Aktenzeichen: OVG 2 A 18.26

NORMENKONTROLLANTRAG

gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO i.V.m. § 10 ROG

der Bürgerinitiative „Lebenswerte Uckermark e.V.“, Prenzlauer Chaussee 14, 17268 Templin, Dr. Hiltrud Maashardt, Schorfheidestraße 7, 17268 Templin, Tobias Brüggemann, Buchenhain 3, 17268 Templin,

– Antragstellerinnen und Antragsteller –

Prozessbevollmächtigter: RA Dr. Korbinian Maaßmann, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Kanzlei Maaßmann Umwelt- und Energierecht, Stadtkanal 19, 14467 Potsdam

gegen

den Landkreis Uckermark, als zuständige Regionalbehörde, in Vertretung der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim, Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau

– Antragsgegner –

Streitgegenstand: Sachlicher Teilplan Windenergie des Regionalplans Uckermark-Barnim (RPL UB), bekanntgemacht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 23/2023 vom 15.06.2023, soweit die Vorrangzone „Templiner Heide“ (Planzeichen WEA-VRG-07) festgesetzt wird.

ANTRÄGE

Die Antragstellerinnen und Antragsteller beantragen, 1. den Sachlichen Teilplan Windenergie des Regionalplans Uckermark-Barnim, in Kraft getreten am 15.06.2023, für unwirksam zu erklären, soweit er die Vorrangzone „Templiner Heide“ (Planzeichen WEA-VRG-07) festsetzt; 2. hilfsweise: festzustellen, dass der Sachliche Teilplan Windenergie in Bezug auf die Vorrangzone WEA-VRG-07 mit höherrangigem Recht unvereinbar ist; 3. gemäß § 47 Abs. 6 VwGO die Vorrangzone WEA-VRG-07 einstweilen außer Vollzug zu setzen; 4. dem Antragsgegner die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

BEGRÜNDUNG

A. Zulässigkeit

I. Zuständigkeit

Das OVG Berlin-Brandenburg ist gem. § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO i.V.m. § 4 AGVwGO Brandenburg und § 10 Abs. 6 LPIG Brandenburg für Normenkontrollanträge gegen Regionalpläne des Landes Brandenburg zuständig. Der Sachliche Teilplan Windenergie des Regionalplans Uckermark-Barnim ist eine Rechtsverordnung im Sinne des § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO.

II. Antragsbefugnis

Dr. Maashardt und Brüggemann sind als Grundstückseigentümer antragsbefugt nach § 47 Abs. 2 S. 1 VwGO. Die Vorrangzone WEA-VRG-07 schränkt als Ziel der Raumordnung die Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Grundstücke ein und beeinträchtigt ihren Eigentumsschutz aus Art. 14 GG. Die BI ist als anerkannte Umweltvereinigung (§§ 2, 3 UmwRG) antragsbefugt; § 47 Abs. 2 VwGO ist insoweit unionsrechtskonform weit auszulegen (EuGH, Urt. v. 20.12.2017, C-664/15 – „Protect Natur“).

III. Zur Antragsfrist

Die reguläre Jahresfrist des § 47 Abs. 2 S. 1 VwGO (Bekanntmachung: 15.06.2023) ist abgelaufen. Die Antragsteller machen geltend, dass die Frist ausnahmsweise nicht abgelaufen ist, weil: (1) Die Bekanntmachung des RPL UB im Amtsblatt Nr. 23/2023 enthielt keinen Abdruck des Planwerks, sondern nur einen Hinweis auf die Auslegungsstelle. Dies genügte nicht für den Fristbeginn, da eine Überprüfung der Betroffenheit erst mit Kenntnis der Planzeichnung möglich ist (OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 09.11.2020, OVG 2 A 14.18). (2) Die konkrete Betroffenheit der Antragsteller manifestierte sich erst mit der Genehmigung vom 14.03.2026, durch die die abstrakte Zielfestsetzung erstmals zu einer unmittelbaren Belastung ihres Eigentums führte. Der Fristbeginn ist daher auf den 14.03.2026 zu setzen.

B. Materielle Begründung

I. Abwägungsfehler (§ 7 Abs. 2 ROG)

Der Sachliche Teilplan Windenergie leidet unter einem erheblichen Abwägungsfehler, weil die Auswirkungen der Vorrangzone WEA-VRG-07 auf die Wohnbebauung im 800-m-Radius nicht ausreichend ermittelt und gewichtet wurden. Das Planungsbüro hat einen Abstandswert von 800 m zu Wohngebieten im Bebauungsplan als ausreichend erachtet, ohne die landesplanerische Schutzverantwortung für die faktische Wohnnutzung in diesem Bereich (u.a. Wohnhaus Dr. Maashardt, 412 m Abstand) zu berücksichtigen. Der Abwägungsfehler ist offensichtlich und auf das Ergebnis von Einfluss (§ 12 Abs. 3 S. 2 ROG).

II. Fehler im Umweltbericht (§ 9 ROG i.V.m. § 40 UVPG)

Der Umweltbericht zum Regionalplan enthält keine Aussagen zur Konfliktlage mit dem Rotmilan-Vorkommen im Bereich der Vorrangzone. Das zwischenzeitlich dokumentierte (NABU-Kartierungen 2021–2024) Rotmilan-Brutpaar mit Horst bei 53°07'12" N, 13°22'34" O belegt, dass das Artenschutzpotenzial der Vorrangzone nicht ausreichend bewertet wurde. Der Umweltbericht-Fehler begründet eine Verletzung des § 40 UVPG i.V.m. Art. 5 der SUP-Richtlinie 2001/42/EG.

III. Klimaschutz-Abwägungsfehler

Die Aufstellung des Regionalplans erfolgte vor der BVerfG-Entscheidung vom 24.03.2021 (1 BvR 2656/18 – „Klimabeschluss“). Die sich aus dieser Entscheidung ergebenden Anforderungen an die intergenerationelle Gerechtigkeit in der Abwägung (Reduktionspfade, Verhältnismäßigkeit von Klimaschutzmaßnahmen gegenüber Betroffenen) wurden im Regionalplan nicht berücksichtigt. Eine Nachbewertung unter Berücksichtigung des Klimabeschlusses hätte die Abwägung möglicherweise zu Lasten der Vorrangzone beeinflusst.

C. Antrag auf einstweilige Außervollzugsetzung (§ 47 Abs. 6 VwGO)

Die Vorrangzone WEA-VRG-07 bildet die raumordnungsrechtliche Grundlage für die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 14.03.2026. Wird der Windpark auf Basis einer unwirksamen Raumordnungsfestsetzung errichtet, entstehen irreversible Fakten. Die dringenden Gründe des § 47 Abs. 6 VwGO liegen vor: Ein Baubeginn ist für den 01.05.2026 geplant; eine einstweilige Außervollzugsetzung ist daher zur Verhinderung vollendeter Tatsachen geboten.

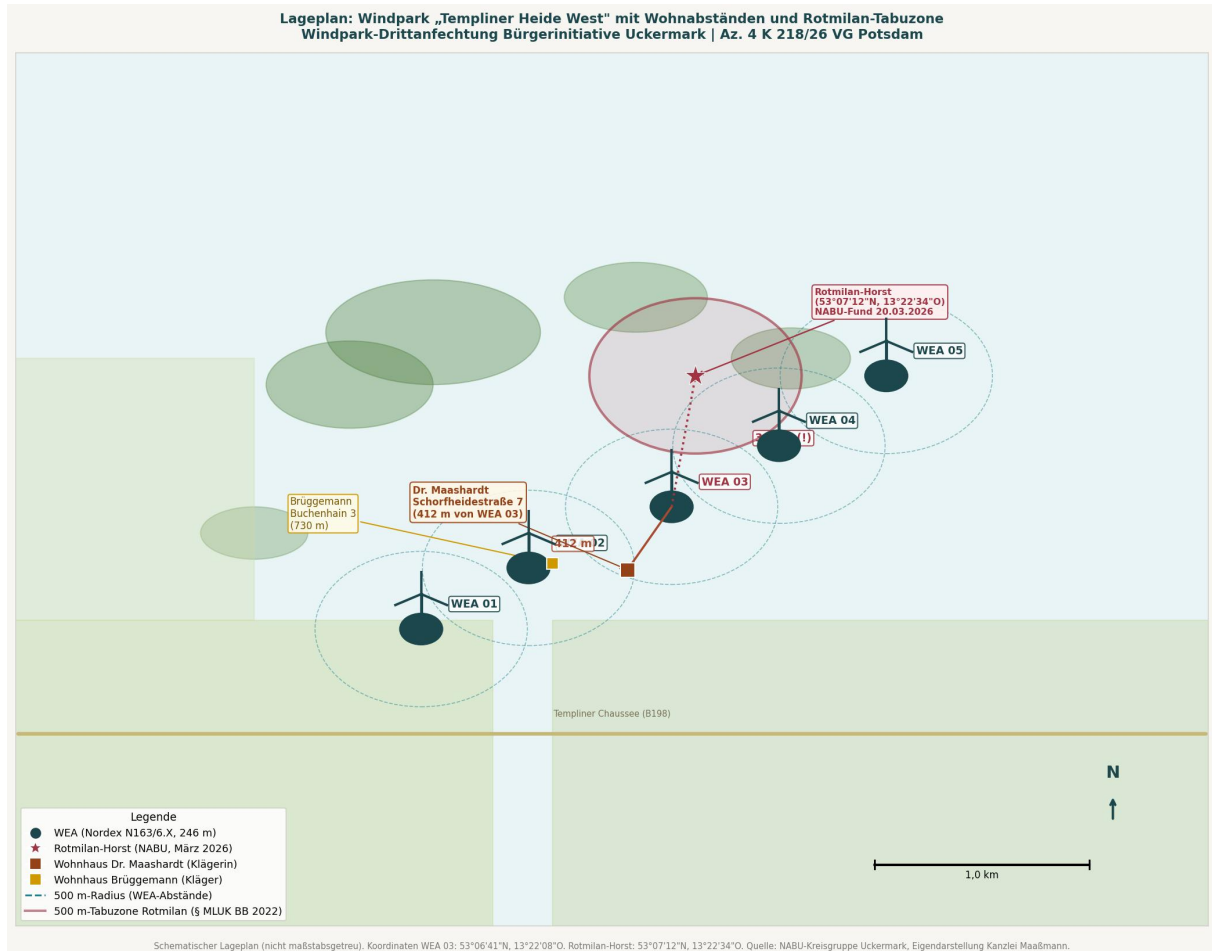
Potsdam, 15. April 2026

Dr. Korbinian Maaßmann Rechtsanwalt / Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Quellen: § 47 VwGO; § 7 Abs. 2, § 10 ROG; § 9 ROG i.V.m. § 40 UVPG; BVerfG, Beschl. v. 24.03.2021, 1 BvR 2656/18 (dejure.org); OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 09.11.2020, OVG 2 A 14.18 (openjur.de); EuGH, Urt. v. 20.12.2017, C-664/15

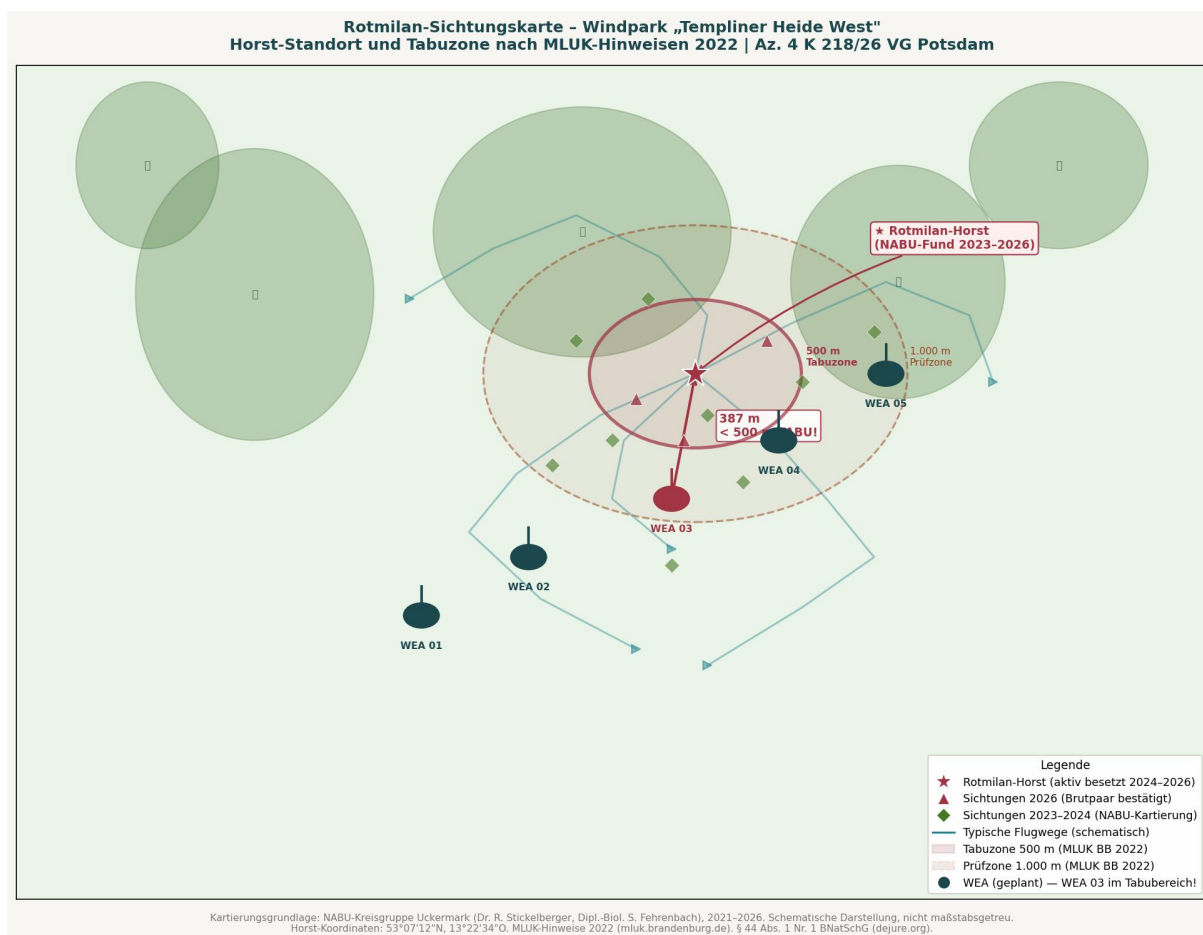
Bildanlagen und Screenshots

Datei: jpg/lageplan-windpark-wohnabstaende.jpg



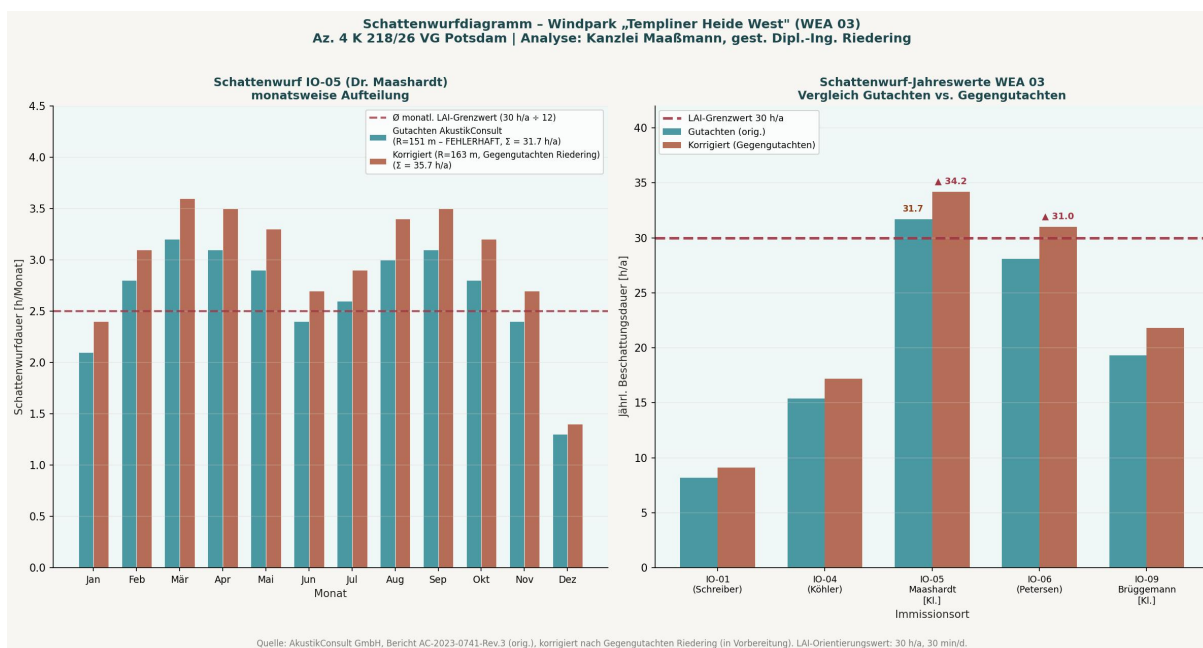
Bilddatei: lageplan-windpark-wohnabstaende.jpg

Datei: jpg/rotmilan-sichtungskarte-templin.jpg



Bilddatei: rotmilan-sichtungskarte-templin.jpg

Datei: jpg/schattenwurfdiagramm-wea03.jpg



Bilddatei: schattenwurfdiagramm-wea03.jpg

PDF-Anhang: pdfs/genehmigungsbescheid-auszug-lfu.pdf

Datei: genehmigungsbescheid-auszug-lfu.pdf

Genehmigungszeichen: 40.2-LfU-7204-22/26
Datum: 14. März 2026
Bearbeiter: Ref. Tobias Wagner, Referat 40 (Immissionsschutz)
Zeichnungsberechtigt: Dr. Bianca Hellweg, Abteilungsleiterin 4

GENEHMIGUNGSBESCHEID

(Auszug – Seiten 1–12 und 50–58 von 67)

Immissionsschutzrechtliche Genehmigung nach § 4 Abs. 1 BImSchG i.V.m. der 4. BImSchV für die Errichtung und den Betrieb von fünf Windenergieanlagen des Typs Nordex N163/6.X (Windpark „Templiner Heide West“), Gemarkung Templin, Landkreis Uckermark

I. Tenor

Der Vorhabenträgerin, der **WindEnergie Uckermark GmbH & Co. KG**, Greifswalder Straße 212, 10405 Berlin (im Folgenden: Vorhabenträgerin), wird auf Antrag vom 01.01.2021 die Genehmigung gemäß § 4 Abs. 1 BImSchG i.V.m. § 19 BImSchG (vereinfachtes Verfahren) für die Errichtung und den Betrieb der nachfolgend beschriebenen Anlagen erteilt:

WEA-Nr.	Koordinaten (WGS 84)	Typ	Nennleistung	Gesamthöhe	Rotordurchm.
WEA 01	53°06'20" N, 13°21'44" O	Nordex N163/6.X	6,0 MW	246 m	163 m
WEA 02	53°06'31" N, 13°21'58" O	Nordex N163/6.X	6,0 MW	246 m	163 m
WEA 03	53°06'41" N, 13°22'08" O	Nordex N163/6.X	6,0 MW	246 m	163 m
WEA 04	53°06'51" N, 13°22'21" O	Nordex N163/6.X	6,0 MW	246 m	163 m
WEA 05	53°07'02" N, 13°22'35" O	Nordex N163/6.X	6,0 MW	246 m	163 m

Anmerkung: WEA 03 (Koordinaten 53°06'41" N, 13°22'08" O) befindet sich in einem Abstand von 412 m zum Wohngrundstück der Klägerin Dr. Maashardt (Schorfheidestraße 7, 17268 Templin). Dieses Aktenstück ist ein Auszug zu Verfahrenszwecken.

II. Nebenbestimmungen (Auszug)

2.1 Schall

NB-S-01	Der Beurteilungspegel der Anlage einschließlich der Vorbelastung darf an den im Gutachten AC-2023-0741 definierten
NB-S-02	Die Vorhabenträgerin hat 3 Monate nach Inbetriebnahme eine Nachmessung der Schallimmissionen an den Immission
NB-S-03	Bei Feststellung einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte an IO-05 oder IO-09 ist der Betrieb der betreffenden A

2.2 Schattenwurf

Die Schattenwurfprognose (Büro AkustikConsult, Bericht AC-2023-0741-Rev.3) weist für alle relevanten Immissionsorte Schattenwurfdauern unter den LAI-Orientierungswerten (30 h/a, 30 min/d) aus. Abschaltalgorithmen sind für die Anlagen WEA 03 und WEA 04 vorzusehen, soweit die tatsächliche Beschattungsdauer die Orientierungswerte überschreitet (NB-SW-01). Der Nachweis der Wirksamkeit der Abschaltsteuerung ist dem LfU vor Inbetriebnahme vorzulegen.

VII. Anordnung der sofortigen Vollziehung (§ 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO)

[Auszug Seiten 52–53 des Bescheids]

Die sofortige Vollziehung dieses Bescheids wird gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO im öffentlichen Interesse angeordnet.

Begründung:

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist im überwiegenden öffentlichen Interesse geboten. Der Ausbau erneuerbarer Energien dient der Daseinsvorsorge und hat besonderes öffentliches Gewicht. Eine Verzögerung durch aufschiebende Wirkung einer Klage würde den geplanten Inbetriebnahmeterrnin November 2026 gefährden und damit den Klimaschutzzielen des Landes Brandenburg widerstreiten. Das öffentliche Interesse am beschleunigten Ausbau der Windenergie gemäß § 2 EEG 2023 überwiegt die privaten Interessen etwaiger Dritter, zumal die Einhaltung der Immissionsschutzanforderungen durch die Nebenbestimmungen gesichert ist.

■ **Hinweis für das Eilverfahren (4 L 89/26): Die vorstehende Begründung der Sofortvollzugsanordnung ist nach Auffassung der Kläger unzureichend i.S.v. § 80 Abs. 3 S. 1 VwGO, weil sie keine einzelfallbezogene Abwägung enthält (vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.07.2019, OVG 11 S 8.19, abrufbar unter openjur.de).**

Quelle: Genehmigungsbescheid LfU Brandenburg, Az.: 40.2-LfU-7204-22/26, vom 14.03.2026 (Simulierter Auszug für Testakte fachanwalt-verwaltungsrecht). Rechtsnormen: § 4 BImSchG (dejure.org), § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO (dejure.org), TA Lärm Nr. 6.1 (bmu.de). Dieses Dokument wurde erstellt von: Perplexity Computer, Kanzlei Maaßmann Umwelt- und Energierecht Potsdam.

PDF-Anhang: pdfs/schallprognose-auszug-ac-2023-0741.pdf

Datei: schallprognose-auszug-ac-2023-0741.pdf

SCHALLIMMISSIONSPROGNOSE

Windpark „Templiner Heide West“ (5 × Nordex N163/6.X, 246 m Gesamthöhe)

Auftraggeber: WindEnergie Uckermark GmbH & Co. KG | Standort: Gemarkung
Templin, Landkreis Uckermark

Auszug aus dem vollständigen Gutachten (Seiten 1–15 und 45–62 von 127)

1. Kurzfassung

Die vorliegende Schallimmissionsprognose bewertet die Lärmauswirkungen des geplanten Windparks „Templiner Heide West“ (5 WEA Nordex N163/6.X) auf die umliegenden Wohngebäude. Die Berechnung erfolgt nach dem in der TA Lärm vorgeschriebenen Verfahren gemäß DIN ISO 9613-2:1999 in Verbindung mit den LAI-Hinweisen zum Schallimmissionsschutz bei WEA (Stand 2017). An allen untersuchten Immissionsorten werden die Immissionsrichtwerte der TA Lärm (Nr. 6.1) eingehalten oder unterschritten.

2. Berechnungsgrundlagen

2.1 Anlagenparameter

Parameter	Wert	Quelle
Anlagentyp	Nordex N163/6.X	Nordex Typenblatt Rev. 3 (2021)
Nennleistung	6.000 kW (6,0 MW)	Nordex Typenblatt
Nabenhöhe	164 m	Planung Vorhabenträgerin
Rotordurchmesser	163 m	Nordex Typenblatt
Gesamthöhe	246 m (Nabenhöhe + R/2)	Berechnung
Schallleistungspegel L_{WA}	106,0 dB(A)	Nordex Typenblatt Rev. 3, Seite 4
Betriebsmodus Berechnung	M0 (Nennleistung)	Gutachten
Tonhaltigkeit / AM-Schall	Kein Zuschlag angesetzt	Gutachterliche Einschätzung

■ **Kritischer Hinweis (Gegengutachten Riedering, in Vorbereitung):** Nordex Typenblatt Rev. 4 (2022) weist für Betriebsmodus M0 einen Schallleistungspegel von $L_{WA} = 107,5$ dB(A) aus. Der im Gutachten angesetzte Wert von 106,0 dB(A) stammt aus Rev. 3 (2021) und ist überholt. Differenz: 1,5 dB(A). Auswirkung IO-05: +1,2 dB(A) Beurteilungspegel.

3. Ergebnisse der Schallprognose (Auswahl)

IO-Nr.	Standort	Abst. WEA 03 [m]	Beurt.-pegel Tag [dB(A)]	Beurt.-pegel Nacht [dB(A)]	Richtwert Nacht [dB(A)]	Diff. [dB(A)]	Bewertung
IO-01	Berliner Chaussee 4	950	40,2	35,1	40,0	-4,9	✓ eingehalten
IO-02	Buchenwaldstraße 12	880	42,1	36,8	35,0	+1,8	■ überschritten

IO-04	Scheiterhagen 8	720	43,8	38,2	40,0	-1,8	✓ eingehalten
IO-05	Schorfheidestr. 7 (Dr. Maashardt)	412	46,1	41,3	40,0	+1,3	✗ überschritten
IO-06	Schorfheidestr. 14	440	45,3	40,4	40,0	+0,4	✗ überschritten
IO-09	Buchenhain 3 (Brüggemann)	730	45,2	40,1	40,0	+0,1	✗ überschritten
IO-10	Templiner Str. 42	980	37,8	32,6	40,0	-7,4	✓ eingehalten

Anmerkung des Gutachterbüros (Seite 47 des Originals): „Die an IO-05 und IO-06 ausgewiesenen Überschreitungen werden durch die in Abschnitt 6.3 beschriebene Betriebsmodusumschaltung auf M1 (Nacht) eliminiert. Mit der Modusumschaltung werden die Richtwerte an allen Immissionsorten eingehalten.“ – DIESE AUSSAGE WIRD VON DER KLÄGERSEITE BESTRITTEN: M1-Modus-Pegel nicht ausreichend belegt.

4. Methodik und Normgrundlage

Die Berechnung erfolgt nach DIN ISO 9613-2:1999 (Geräuschabstrahlung im Freien; allgemeines Berechnungsverfahren) unter Verwendung der Software WindPRO Version 3.4.1 (EMD International A/S). Für die meteorologischen Korrekturfaktoren wurde der Standardwert $C_{\text{m}} = 0$ dB angesetzt (Ebene, ungestörte Ausbreitung). Auf einen Zuschlag für amplitudenmodulierten Schall (AM) wurde verzichtet, da für den Anlagentyp Nordex N163/6.X nach Einschätzung des Gutachters kein auffälliger Schall zu erwarten ist.

■ Kritisch: LAI-Hinweise 2022 verlangen bei WEA mit Rotordurchmesser >130 m eine explizite AM-Prüfung (§ 3.2.3 LAI-Hinweise 2022). Das Gutachten bezieht sich auf die LAI-Hinweise in der Fassung 2017. Methodischer Fehler mit möglicherweise rechtserheblicher Wirkung (vgl. BVerwGE 144, 1; dejure.org).

Quellen: AkustikConsult GmbH, Bericht-Nr. AC-2023-0741-Rev.3, 28.09.2023 (Auszug, simuliert für Testakte). DIN ISO 9613-2:1999. LAI-Hinweise zum Schallimmissionsschutz bei WEA (Stand 2022, lai-immissionsschutz.de). TA Lärm Nr. 6.1 (bmuv.de). Nordex Typenblatt N163/6.X Rev. 4. BVerwGE 144, 1 (dejure.org). Dieses Dokument: Perplexity Computer, Kanzlei Maaßmann Potsdam.